



Landtag von Baden-Württemberg

16. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 26. Oktober 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 9:04 Uhr

Schluss: 12:56 Uhr

INHALT

Eröffnung	673	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	694
Mitteilungen der Präsidentin	673	Abg. Peter Hauk CDU	698
Absetzung von Tagesordnungspunkt 5	684, 708	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer – Drucksache 15/497	
1. Wahl der Präsidentin/des Präsidenten	673	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/757	699
Abg. Peter Hauk CDU	673	Abg. Tobias Wald CDU	699
Abg. Guido Wolf CDU	674	Abg. Muhterem Aras GRÜNE	701
Präsident Guido Wolf	674	Abg. Klaus Maier SPD	703
2. Aktuelle Debatte – Geplante Steuersenkung der Bundesregierung und Auswirkungen auf Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	675	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	704
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	675, 682	Staatssekretär Ingo Rust	705
Abg. Joachim Kößler CDU	676, 682	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	707
Abg. Claus Schmiedel SPD	677, 681	Beschluss	707
Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	678, 683	5. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/503	
Minister Dr. Nils Schmid	679	b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 15/632	abgesetzt (684, 708)
3. Aktuelle Debatte – EnBW fit für die Zukunft machen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	684	Nächste Sitzung	708
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	684		
Abg. Paul Nemeth CDU	685, 695		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	686, 695		
Abg. Claus Schmiedel SPD	688, 696		
Minister Franz Untersteller	689, 698		

Protokoll

über die 16. Sitzung vom 26. Oktober 2011

Beginn: 9:04 Uhr

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Lusche.

Entschuldigt ist ab 12:15 Uhr Herr Abg. Hillebrand.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Krebs bis 10:15 Uhr, Herr Minister Friedrich ab 10:00 Uhr, Frau Ministerin Warminski-Leitheußer bis 10:30 Uhr und Herr Minister Bonde ab 12:00 Uhr.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 25. Oktober 2011:

- a) Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Petitionen 14/1398, 14/3130, 14/4053 betr. Heimerziehung/-unterbringung in den Jahren zwischen 1949 und 1975
- b) Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung, Finanzierung und Verwaltung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ und Durchführung eines Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in Baden-Württemberg“

Die Mitteilung wird Ihnen als Drucksache 15/775 zugehen. Ich schlage vor, diese Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/775, an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Als Wahlkommission für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten berufe ich nach § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags die folgenden Damen und Herren: Herrn Abg. Dr. Bullinger, Herrn Abg. Heiler,

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Walter Heiler
SPD: Du bist da drin?)

Frau Abg. Kurtz, Frau Abg. Lindlohr und Herrn Abg. Locherer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Fast lauter Männer! –
Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das macht
es auch nicht besser!)

Ich bitte um Vorschläge für die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten.

Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin! Für die CDU-Fraktion schlage ich Herrn Abg. Guido Wolf vor.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie haben den Vorschlag gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, nach § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung wird der Präsident in geheimer Wahl gewählt. Um dieser Vorschrift nachzukommen, darf ich Sie bitten, die Telefonzellen auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals als Wahlkabinen zu benutzen. Ein Mitglied der Wahlkommission, Herr Abg. Locherer, nimmt vom Rednerpult aus den Namensaufruf vor, der in § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zur rechten Seite des Plenarsaals zu begeben. Sie erhalten dort von einem Mitglied der Wahlkommission einen amtlichen Stimmzettel und einen Wahlumschlag.

Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, indem Sie den Namen des Abgeordneten, den Sie zum Präsidenten wählen wollen, auf den Stimmzettel schreiben. Sie sind an den Wahlvorschlag nicht gebunden. Der Stimmzettel darf aber nur einen Namen enthalten. Wenn Sie den Wahlvorschlag ablehnen, füllen Sie den Stimmzettel bitte mit „Nein“ aus. Nicht beschriebene Stimmzettel oder solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Werfen Sie den Stimmzettel bitte im Wahlumschlag in die hier am Rednerpult bereitstehende Wahlurne. Ein weiteres Mitglied der Wahlkommission wird in einer Namensliste festhalten, welche Abgeordneten gewählt haben.

Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben. Die stellvertretende Präsidentin wird ihre Stimme hier vom Platz aus abgeben.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Ich bitte Herrn Abg. Locherer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Auf Herrn Abg. Wolf entfielen 109 Stimmen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus – Abg. Peter Hauk CDU gratuliert Abg. Guido Wolf CDU zur Wahl und überreicht ihm einen Blumenstrauß. – Abg. Guido Wolf CDU nimmt Glückwünsche entgegen.)

*Mit Nein haben 13 Abgeordnete gestimmt.
Acht Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Auf andere Namen entfielen vier Stimmen.
Es war keine Stimme ungültig.*

Herr Abg. Wolf hat also mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten und ist damit gemäß § 4 Abs. 4 der Geschäftsordnung zum Präsidenten des Landtags gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abg. Wolf, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Guido Wolf CDU: Frau Vizepräsidentin, ich bedanke mich für das große Vertrauen. Ich freue mich darüber, sehe darin einen großen Auftrag, eine große Verantwortung und nehme die Wahl dankbar an.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Präsident, ich danke Ihnen und gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich zu Ihrer Wahl.

Ich darf Sie jetzt bitten, die Leitung der Sitzung zu übernehmen.

(Präsident Guido Wolf nimmt weitere Glückwünsche entgegen.)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Glocke hat er gefunden! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Wahl zu gewinnen heißt, einen Vertrauensvorsprung zu bekommen. Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben mir soeben Ihr Vertrauen, Ihr großes Vertrauen ausgesprochen, indem Sie mir das Amt des Landtagspräsidenten zutrauen. Dafür möchte ich mich von Herzen bedanken.

Es ist mir an dieser Stelle ein Anliegen und ich freue mich, Vorgänger im Amt des Landtagspräsidenten auf der Besuchertribüne zu begrüßen. Ich begrüße sehr herzlich die früheren Landtagspräsidenten Peter Straub und Erich Schneider. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Ihr parteiübergreifendes Vertrauen dokumentiert die an mich gerichtete Erwartungshaltung: die Erwartung, ein ausgleichender und integrierender Präsi-

dent zu sein. Nach meiner Überzeugung haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes Sehnsucht nach einer Politik, die sich vorrangig an der Lösung von Problemen orientiert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Parteilpolitische Auseinandersetzung darf nicht reiner Selbstzweck sein. Im Mittelpunkt steht einzig und allein der Mensch mit seinen konkreten und spezifischen Anliegen.

In diesem Haus zusammenzuführen, über Parteigrenzen hinweg zu integrieren und gemeinsame Wege aufzuzeigen, darin sehe ich meine Aufgabe und Verantwortung.

Ich will ein Präsident sein, der sein Amt politisch, aber nicht parteipolitisch ausüben wird. Mit demokratischem Geist nach innen und nach außen will ich deutlich machen, dass das Parlament trotz der oder gerade wegen der unterschiedlichen politischen Überzeugungen ein wesentlicher, wenn nicht gar der wesentlichste Teil unserer Demokratie ist. Vor diesem Hintergrund sehe ich es als meine vornehmste Pflicht an, der Stellung des Landtags als erster Staatsgewalt jederzeit und unbedingt Geltung zu verschaffen.

Demokratische Parlamente sind in der Verfassung verankerte Prüfsteine, und zwar gewollt und unverzichtbar. Deshalb will ich an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen, dass sich eine Missachtung der Rechte des Parlaments, gar ein Verfassungsbruch, wie er im Rahmen des Ankaufs der EnBW-Aktien vom Staatsgerichtshof gerügt wurde, nicht wiederholen darf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Speziell in diesem Sinn will und werde ich ein wachsamer, zur Not auch unbequemer Präsident sein.

Das Amt des Landtagspräsidenten erlebt in diesem Moment keinen völligen Neustart. Mein Vorgänger Willi Stächele hat in den vergangenen fünf Monaten für frischen Wind in diesem Hohen Hause gesorgt. Es ist für mich deshalb nicht nur eine Frage der Etikette, sondern ein Ausdruck tief empfundenen kollegialen Respekts, dass meine erste Amtshandlung darin besteht, Ihnen, lieber Kollege Stächele, auf das Herzlichste zu danken für alles, was Sie in Ihrer kurzen Amtszeit als Präsident mit Elan, Gestaltungsfreude und Humor angestoßen, verbessert und neu strukturiert haben. Sie haben kompetent und zielbewusst geführt und dadurch uns allen gedient. Von Herzen danke dafür.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Daran will ich anknüpfen. Die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen dieses Landes sind mein, sind unsere Arbeitgeber. Ihnen zu dienen ist unser Auftrag. Machen wir dabei nicht den Fehler, unsere eigene Rolle zu überhöhen. Nehmen wir uns, getreu dem Motto von Papst Johannes XXIII., „nicht so wichtig“. Bleiben wir auf dem Boden und unter den Menschen.

Bei all unserem Wirken, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es aber auch um die Selbstachtung des Parlaments. Wir sollten nicht nur an landespolitischen Wegmarken, sondern auch im Parlamentsalltag beherzigen: Nur wer sich selbst achtet, wird geachtet.

(Präsident Guido Wolf)

Nach meinem Eindruck fragen die Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger, insbesondere wenn sie uns an Plenartagen besuchen, noch zu oft irritiert: Ist das unser Landtag? Ich meine: Wir sollten uns noch intensiver darum bemühen, dass die Bürgerinnen und Bürger anerkennend über uns sagen: „Das ist unser Landtag!“, und dass sie sagen: „Es ist ein Landtag, der Würde ausstrahlt und Respekt verdient. Es ist ein Landtag, der politische Kultur vermittelt und Menschen für Politik begeistert.“

Kein Zweifel: An diesem Profil gilt es noch zu schleifen. Zwar mögen Seriosität und Bedachtsamkeit leicht hausbacken und langweilig erscheinen. Aber das ist beim guten alten Bausparvertrag genauso – und der hat die Finanzkrise hervorragend überstanden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Unsere Plenarsitzungen müssen trotzdem nicht monoton ablaufen. Politik lebt von der Leidenschaft für die eigenen Überzeugungen. Diese zu verbergen wäre verkehrt. Mehr noch: Das Wesen des Parlamentarismus besteht gerade in der demonstrativen Konfrontation von Alternativen. Das parlamentarische Durchleuchten und Bewerten des Regierungshandelns dient eben nicht allein dazu, die Verfassungskonformität sicherzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass Zweifel, Sorgen und Vorbehalte im zentralen politischen Forum des Landes artikuliert und diskutiert werden, bevor verbindliche Entscheidungen fallen. Aber sie erwarten, dass wir das in Würde und mit Respekt voneinander tun.

Wir müssen den Menschen Politik besser erklären, ihnen Politik näherbringen. Es gefährdet die Demokratie, wenn Bürgerinnen und Bürger immer mehr auf Distanz zu den Politikern gehen. Diese Distanz gilt es abzubauen, gemeinsam abzubauen.

Verkennen wir also nicht, wie sehr der einzelne Abgeordnete als Teil des Ganzen das Bild von der Institution Landtag prägt. Sich um Einzelanliegen kümmern, lokale oder regionale Interessen vertreten und kommentieren, was in der Welt geschieht, das alles zählt zu unserem Kerngeschäft. Aber wir sollten dafür Sorge tragen, dass wir nicht beschränkt auf dieses Tätigkeitsprofil wahrgenommen werden. Zeigen wir offensiv, wie viel wir gestalten, indem wir die Rahmenbedingungen überarbeiten, Anreize für gewünschte Entwicklungen setzen oder die strukturelle Verschuldung abbauen.

Meine Damen und Herren, heute ist mit Blick auf Berlin und Brüssel ein historischer Tag, weil für Europa und damit für uns alle materiell und immateriell viel auf dem Spiel steht. Griechenland nachhaltig zu stützen, den Euro belastbar abzusichern, die Banken zu stabilisieren und die Verschuldung der Staaten zu bremsen, das ist – im wahrsten Sinn des Wortes – eine Herkulesaufgabe „hoch vier“. Die vergangenen Monate haben bestätigt, dass vermeintlich einfache Lösungen mit höchster Vorsicht zu genießen sind.

Im Strom der jetzt geforderten Entscheidungen werden Leitlinien gebraucht. Eine davon heißt, Europa transparent zu machen. Europa braucht weniger Staat und mehr Demokratie. Europa braucht mehr Subsidiarität und starke Regionen.

Jede und jeder von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann helfen, den Weg dafür zu ebnen. Denn zu den optimistisch stimmenden Erfahrungen in diesen Wochen zählt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Probleme sehr wohl anerkennen, sobald man ihnen die Zusammenhänge erklärt. Unsere Herausforderung ist, den Menschen Europa in seiner ganzen und weitreichenden Dimension begreifbar zu machen und Ängste abzubauen.

Eines liegt mir besonders am Herzen: der Veränderung nicht die Zuversicht zu entziehen. Verfallen wir nicht dem Kleinmut. Erwecken wir nicht den Anschein, Getriebene zu sein, die nicht anders können. Gönnen wir uns Ziele und Visionen über den Tag hinaus. Gestalten wir mutig Zukunft. Optimismus und Zuversicht und auch der Humor, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehören für mich zu den politischen Kardinaltugenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, meine sehr verehrten Damen und Herren, ausgleichend, dienend und politisch, das ist der Dreiklang, mit dem ich mein neues Amt beherzt in Angriff nehmen will. Im kollegialen Zusammenwirken mit meinen Vizepräsidenten Brigitte Lösch und Wolfgang Drexler will ich unkompliziert für jedermann – natürlich auch für jede Frau, liebe Kollegin Lösch – erreichbar sein.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich will in diesem Hause für einen Geist des partnerschaftlichen Umgangs stehen. Dabei bitte ich Sie um wohlwollende Begleitung und konstruktive Offenheit. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Geplante Steuersenkung der Bundesregierung und Auswirkungen auf Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Kollegin Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einigen Zitaten zum Thema „Steuersenkungsfantasien der schwarz-gelben Chaoskoalition“ einsteigen. Da sagt z. B. Herr Fuest – kein Grüner, sondern Professor an der Universität Oxford und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums –:

... Spielräume für Steuersenkungen sind im Staatshaushalt noch lange nicht in Sicht.

Nach der aktuellen Finanzplanung wird der Bund 2012 rund 30 Milliarden € neue Kredite aufnehmen. ... In vielen Bundesländern ist die Finanzlage noch deutlich schlechter. ... Steuersenkungen in der aktuellen Situation verletzen deshalb nicht nur Prinzipien stabilitätsorientierter Finanzpolitik, sie verstoßen auch gegen die im Grundgesetz verankerten finanzpolitischen Regeln.

(Muhterem Aras)

Ein weiteres Zitat:

Alles, was die Einnahmesituation des Landes verschlechtert, ist für die Landesregierung nicht akzeptabel. Ich sehe daher kaum Spielraum, einer solchen Reform zuzustimmen.

Auch diese Aussage stammt nicht von einer Grünen, sondern von der neuen CDU-Ministerpräsidentin des Saarlands, Frau Kramp-Karrenbauer. Ihr Amtskollege aus Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, ebenfalls CDU, lässt verlauten:

Steuersenkungen zulasten der Landeskasse können wir uns als Konsolidierungsland nicht erlauben.

Der Tenor in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit ist klar: Steuersenkungen, die dauerhaft zu Mindereinnahmen führen, sind derzeit fehl am Platz. Warum? Weil sie durch Neuverschuldung finanziert sind, weil die Konjunktur derzeit keinen Wachstumsimpuls braucht und weil die Risiken in den öffentlichen Haushalten – Stichwort Eurokrise – zu groß sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns kurz die Lage der öffentlichen Finanzen in diesem Land betrachten. Die Bundesrepublik ist mit über 2 Billionen € verschuldet. Allein Baden-Württemberg hatte im Jahr 2010 einen Schuldenberg von 43 Milliarden € angehäuft. 2 Milliarden € im Jahr gehen allein für den Zinsdienst drauf – Geld, das unsere Schulen, Kindergärten, unsere Unternehmen und Kommunen sehr viel besser gebrauchen könnten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grüne Landtagsfraktion ist darum der Meinung: Schuldenabbau vor Steuersenkungen und vor allem keine Steuersenkungen auf Pump. Unsere Fraktion steht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir wollen den Haushalt strukturell konsolidieren und streben für das Jahr 2012 die Nullneverschuldung an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir jede Ausgabe, die nicht aufgrund von Gesetz und Verträgen zwingend ist, prüfen. Vor allem werden wir auch jede zusätzliche Stelle sehr genau prüfen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oh!)

Neu zu schaffende Stellen wird es nur im Ausnahmefall nach strengster Prüfung bzw. durch Umschichtungen geben. Unsere Fraktion zieht hier mit dem Ministerpräsidenten an einem Strang.

Lassen Sie uns nun genauer hinschauen, welche Auswirkungen die geplanten Steuersenkungen auf Baden-Württemberg hätten: Nach dem jetzigen Vorschlag von Herrn Rösler und Herrn Schäuble würde das Land jährlich rund 500 Millionen € weniger einnehmen. 500 Millionen € allein für Baden-Württemberg! Gesamtstaatlich wären Einnahmeausfälle von ca. 6 Milliarden € einprogrammiert. 500 Millionen € weniger: Das sind rund 8 000 Lehrerstellen oder 10 000 Polizistenstellen! Das sollte man wissen, wenn man über Steuersenkungen in dieser Größenordnung diskutiert.

Man könnte also fragen: Warum das Ganze? Warum bindet sich die Koalition in Berlin diesen Klotz ans Bein, den sie seit ihrem Amtsantritt mit sich herumschleppt? Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort: um die FDP vor der Bedeutungslosigkeit zu retten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hier rächt sich nun, dass die Liberalen zur Einthemenpartei geworden sind. Wer lediglich mit dem Versprechen von Steuersenkungen angetreten ist, muss natürlich liefern. Schließlich geht es um das politische Überleben.

Aber muss darunter die Stabilität der öffentlichen Finanzen leiden? Muss dieses politische Überleben auf Kosten von Zukunftsinvestitionen in unserem Land gehen? Wir meinen: nein. Steuersenkungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, sich politische Zustimmung zu erkaufen. Das ging im Superwahljahr schief, und das wird auch weiterhin schiefgehen. Ein Reanimationsprogramm für die FDP auf Kosten der Allgemeinheit darf es nicht geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Konjunktur boomt zum Glück. Die Auftragsbücher sind voll. Dies sind nun die guten Zeiten, in denen das Land Vorsorge für schlechte Zeiten treffen muss. Nur so ist sichergestellt, dass bei einem konjunkturellen Abschwung wieder Spielräume vorhanden sind, um die Konjunktur zu stützen.

Die Zeichen der Zeit stehen darum auf Konsolidierung und gegen Steuersenkungen. Genau dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen, und wir hoffen, dass sich die CDU-Kollegen ihren Kollegen aus anderen Bundesländern, die ich exemplarisch aufgeführt habe, anschließen, damit wir hier vernünftig vorankommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Im Eifer des Gefechts, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich ganz vergessen, darauf hinzuweisen, dass das Präsidium für die Aktuelle Debatte eine Gesamtreizeit von 40 Minuten festgelegt hat. Dabei gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde. Die Kollegin Aras hat diesen Rahmenbedingungen in ihrem Beitrag entsprochen und daher alles richtig gemacht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nur inhaltlich nicht!)

Ich erteile nun für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Köbler das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über Steuersenkungen. Ich hatte gedacht, dass Frau Aras diesen Begriff in ihrem Redebeitrag wohlweislich noch kommentieren würde. Denn es geht aktuell nicht so sehr um Steuersenkungen; es geht vor allem um die Beseitigung der kalten Progression, und es geht darum, dass im Zeitraum zwischen 1997 und 2007 durch die kalte Progression rund 34 Milliarden € an Steuereinnahmen entstanden sind. Es geht um Steuergerechtigkeit.

(Jochim Kößler)

Der Herr Präsident hat heute Morgen in seiner Antrittsrede gesagt: Die Bürger müssen verstehen, was Politik ist, und sie müssen Politik verstehen. Steuerpolitik ist für jeden Einzelnen wichtig. Wenn wir dem Bürger in die Tasche greifen, dann muss der Bürger verstehen, warum das geschieht. Er muss das Steuersystem verstehen, und er muss verstehen, was mit seinem Geld gemacht wird.

Die Beseitigung der kalten Progression ist eine Notwendigkeit. Wir entziehen dem einzelnen Bürger durch die Inflation Jahr für Jahr Geld. Dabei meine ich jetzt nicht einen Spitzenverdiener, wie ihn Herr Trittin offenbar im Blick hat und wie ihn uns Herr Gabriel ständig suggeriert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nein, wir entziehen dem Geringverdiener Jahr für Jahr eine ganze Menge Geld. Ich werde später noch ein paar Beispiele bringen, um dies zu belegen.

Das kann nicht so weitergehen. Der Bürger wird nicht verstehen, dass, wenn er eine Lohnerhöhung um 2 % bekommt, sein Steuersatz gleichzeitig um mehrere Prozentpunkte steigt. Ich werde dies noch im Einzelnen erläutern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Das ist das Thema!)

Jetzt will ich Ihnen, Frau Aras, einmal ein paar Aussagen entgegenhalten. Das ist zunächst einmal die Aussage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks:

Es geht

– bei der kalten Progression –

nicht um Steuersenkungen oder Steuergeschenke, sondern um Steuergerechtigkeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es kommt noch viel besser. Die IG Metall sagt:

Die mittleren und unteren Einkommen sollten dagegen durch die Beseitigung der kalten Progression entlastet werden.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fertig lesen! Lesen Sie den nächsten Satz auch vor, wo eine größere Beteiligung der Vermögen gefordert wird! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Das ist doch okay.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist wichtig!)

Aber wir sind uns doch darüber einig, dass dies im Grunde der richtige Weg ist. Es geht nicht um Steuersenkung, sondern es geht um Steuergerechtigkeit.

Ich mache jetzt einmal bei den Grünen weiter.

Ich nenne das Siebenpunkteprogramm der Grünen in Österreich.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dort heißt es: „Weg mit der kalten Progression“.

(Zuruf)

– Ich will Ihnen doch bloß einmal ein paar Beispiele nennen, wie auch Sie Beispiele genannt haben. Die Wirtschaftsforschungsinstitute dort monieren die kalte Progression genauso wie alle anderen.

Jetzt gehe ich weiter. Die österreichischen Grünen sagen, der Eingriff ins Steuerrecht sei richtig; er werde in anderen Ländern, den Niederlanden, Belgien, Kanada und den USA, bereits so gemacht. Österreich hinke da im internationalen Vergleich hinterher.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will Ihnen jetzt noch ein paar Beispiele dafür nennen, warum es so wichtig ist, die kalte Progression zu beseitigen. Ein Arbeitnehmer, der 4 000 € im Monat brutto verdient, hat eine Lohnerhöhung um 2 %. Er zahlt aber für die 2 % Lohnerhöhung prozentual 2,3 % mehr Steuern. Wenn man dann eine Inflation von 2 % unterstellt, hat er real weniger in der Tasche.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es kommt noch besser: Wenn ein Geringverdiener mit einem Einkommen von 1 200 € im Monat

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

aufgrund des Inflationsausgleichs eine Lohnerhöhung um 2 % hat, zahlt er danach 8,4 % mehr Steuern.

Um es zu wiederholen: 2 % mehr für den Geringverdiener bedeuten 8,4 % mehr Steuern. Real hat er also bedeutend weniger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das ist die Lage.

Es geht uns nicht um Steuersenkungen – ich will es noch einmal sagen –, sondern es geht um Steuergerechtigkeit. Ich werde nachher in der zweiten Runde noch etwas dazu sagen.

Goethe hat gesagt: „Wenn wir bewahren wollen, was uns wichtig ist, müssen wir vieles verändern.“ Wir wollen die Steuergerechtigkeit herbeiführen und möglichst bewahren. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger an diesen Staat glauben. Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam den Weg der Beseitigung der kalten Progression, den Weg der Steuergerechtigkeit zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Kößler, mit uns kann man immer über ein gerechteres Steuersystem sprechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

Das ist überhaupt keine Frage. In der Analyse, wie kalte Progression wirkt,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Grunderwerbsteuer!)

sind wir gar nicht auseinander. Nur, Steuergerechtigkeit herzustellen, ohne dass der Staat insgesamt auf Steuereinnahmen verzichtet, ist die Herausforderung. Denn das, wovon Sie sprechen, sind natürlich Steuersenkungen auf Pump.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Im Bundeshaushalt sind 30 Milliarden € zusätzliche Schulden eingeplant, die durch diese Steuersenkung noch einmal vergrößert werden. Dann kommt jetzt ganz aktuell noch dazu, dass eingeplante Einnahmen aus der Brennelementesteuer voraussichtlich gar nicht zur Verfügung stehen werden. Das heißt, das Loch im Haushalt des Bundes wird noch einmal größer. Deshalb ist diese Steuersenkung gaga.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Können Sie einmal den Begriff erklären und sagen, was „gaga“ ist?)

– Sie ist gaga.

Jetzt haben wir gehört, dass andere Landesregierungen dagegen sind, weil das Löcher in ihre Haushalte reißt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist dagegen, der CDU-Landesvorsitzende ist dagegen. Der CDU-Landesvorsitzende sagt „gaga“.

(Beifall bei der SPD)

Herr Rülke hat gesagt, er stimme Seehofer zu. – Gaga.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beleidigen Sie den Seehofer nicht! – Zuruf von der CDU: Lady Gaga!)

Ich brauche die Gründe, die Frau Aras genannt hat, jetzt nicht zu wiederholen. Wir betreiben eine Politik des Gehörtwerdens. Eine Politik des Gehörtwerdens bedeutet, dass man sich auch Gehör verschafft. Ich habe Zweifel, ob die Frau Bundeskanzlerin unserer heutigen Debatte zuhört.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das glaube ich nicht! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die ist mit etwas anderem beschäftigt, als dem Schmiedel zuzuhören!)

Deshalb habe ich ein Schreiben an die Frau Bundeskanzlerin mit dem Appell „Keine Steuersenkung auf Pump“ vorbereitet. Dieses Schreiben werde ich jetzt zuerst unterzeichnen, und dann werde ich es an die Fraktionsvorsitzenden weitergeben, zuerst an den Fraktionsvorsitzenden der CDU. Der CDU-Landesvorsitzende hat erklärt: Die CDU ist dagegen. Herr Rülke hat gesagt: Seehofer hat recht. Also dagegen. Von den Grünen haben wir gerade gehört: Dagegen. Wir sind ebenfalls dagegen.

Wenn das alle unterschreiben und wir das nach Berlin schicken, dann kommt unser Anliegen an, dann verschaffen wir uns damit dort Gehör. Dann haben wir eine Chance, Unheil von unserem Haushalt abzuwenden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Würden Sie das „gaga“ noch einmal erklären?)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, wertere Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einiges wurde schon gesagt. Ich möchte eines auch gleich klarstellen. Herr Kollege Schmiedel, Herr Rülke hat nicht gesagt, dass er dagegen gewesen sei, sondern, dass er keine Aussicht auf eine Chance sehe, weil es durch den Bundesrat geht. Wenn man zitiert, dann sollte man bitte richtig zitieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Schmiedel liest halt zu oberflächlich!)

Ich gehe davon aus, dass niemand von uns hier etwas dagegen hat, wenn vom Verdienst mehr Geld übrig bleibt als bisher. So denken auch zwei Drittel der Bundesbürger.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin mir sicher, es werden noch mehr werden, wenn die Steuergerechtigkeit – das wurde heute schon genannt: Steuergerechtigkeit und nicht Steuersenkung – kommt, welche die Bundesregierung für das Jahr 2013 angekündigt hat. Ich gebe Kritikern recht, die uns vorgeworfen haben, das Wahlversprechen von mehr Netto vom Brutto nicht gleich in die Tat umgesetzt zu haben,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Nicht gleich“ ist gut!)

aber eine globale Wirtschaftskrise kümmert sich eben nicht um Wahlversprechen. Dennoch haben wir nicht lockergelassen. Freuen Sie sich doch mit uns, und gönnen Sie den Bürgern, die für alle Vereinbarungen, die heute in Berlin für die Rettung europäischer Staaten getroffen werden, aufkommen müssen, dass sie auch etwas vom Kuchen abbekommen. Bisher haben Grüne und SPD mit dem Finger auf die FDP gezeigt: Wahlversprechen nicht gehalten. Nun aber, da die Bürger am Aufschwung teilnehmen, vom Aufschwung profitieren sollen, zeigen Sie von Grün-Rot Ihr wahres Gesicht. Fritz Kuhn von den Grünen nennt eine solche Steuergerechtigkeit pervers.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer ist denn Fritz Kuhn? Den kenne ich nicht!)

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel will den Bundesrat gegen dieses Gesetz mobilisieren, um es zu verhindern.

Nils Schmid spricht von einer Steuersenkung auf Pump.

(Beifall des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! Er hat recht! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Von wem gepumpt? Das frage ich Sie, Herr Schmid.

(Leopold Grimm)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Von den Chinesen! Da kommt das Geld her!)

Ist das nicht der gerechte Lohn für harte Arbeit, den Sie da für sich vereinnahmen, anstatt ihn den Bürgerinnen und Bürgern zu gönnen, auf deren Leistungen der Staat angewiesen ist?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich kann den Bürgern im Land nur raten: Merken Sie sich, wie Grün-Rot wirklich über Sie denkt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie wollen Sie denn die Nullverschuldung hinkriegen?)

Die wollen ihr Geld – und Wahlversprechen kosten auch ihr Geld.

Mit dem Abbau der kalten Progression wollen wir die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen entlasten. Denn pervers ist – das wurde auch schon gesagt, Herr Schmid –, wenn jemand nach einer Lohnerhöhung netto weniger ausgezahlt bekommt. Wir haben es ja vorgerechnet: netto weniger. Ist es nicht mehr sozial gerecht, wenn alle Menschen vom Aufschwung profitieren, auch in dem wirtschaftlich führenden Bundesland Baden-Württemberg? Auch Sie von der Regierung wissen doch, dass Ihre ökologischen Umbaupläne Geld kosten,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Na also!)

und zwar viel Geld. Das bedeutet für die Menschen vor allem Verteuerungen, insbesondere im Energiebereich. Sie können doch nichts dagegen haben, meine Damen und Herren von Grün-Rot, wenn die Menschen etwas mehr Geld auf dem Konto haben, um ihre Rechnungen bezahlen zu können.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis, falls es in Vergessenheit geraten sein sollte: Mit dem Wachstumspaket 2010 hat die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung schon für Entlastungen in Höhe von insgesamt 24 Milliarden € gesorgt. Davon hat die Wirtschaft profitiert. Davon haben alle Menschen profitiert. Davon hat Deutschland im globalen Wettbewerb profitiert. Jetzt sollen auch die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ein Wachstumspäckchen bekommen. Ich denke, das hätten sie sich schon längst verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie viel kostet es das Land, Herr Kollege?)

– Das rechne ich Ihnen gleich vor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann sagen Sie es doch!)

Von Ihrer Kollegin, Frau Aras, wurde ausgerechnet, dass dem Land Baden-Württemberg durch diese Steuersenkung 500 Millionen € fehlen. Wir haben zum 30. September eine Steuerschätzung bekommen, nach der das Land Baden-Württemberg 1,9 Milliarden € mehr an Steuern einnimmt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist mit den Pensionslasten?)

Sie müssen auch einmal denen, die die Leistung bringen, etwas Gutes tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie wollen Sie die Nullneuerschuldung für das Jahr 2020 hinkommen? Erklären Sie das einmal!)

Ich denke, wenn die Bundesregierung versichert, dass die Steuerentlastung dem Haushaltsentwurf 2013 nicht schadet und die Einhaltung der Schuldenbremse nicht gefährdet wird, dann spricht doch nichts dagegen,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

dass die Baden-Württemberger – ich verstehe das Thema der von Ihnen beantragten Debatte so, dass es Ihnen um die Auswirkungen für das Land geht – auch ein bisschen mehr Geld im Geldbeutel haben. Experten sind sich einig – und als Unternehmer weiß ich es –, dass steuerliche Entlastungen der Wirtschaft guttun. Wer mehr ausgeben will, muss mehr einnehmen. Sie können dies von mir aus als Nachhaltigkeit bezeichnen. Die Wirtschaft mit dem Fleiß und der Findigkeit der Menschen hat den Weg für Steuersenkungen freigemacht – trotz Schuldenbremse.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Wir sind damit auf einem guten Weg, meine Damen und Herren. Wir setzen jetzt um, was in Zeiten der Wirtschaftskrise noch nicht möglich war. Gehen Sie den Weg doch mit uns mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind 5 Milliarden € Steuern, die uns in den nächsten zehn Jahren fehlen, Herr Kollege!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung hat der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist der, der die Stellen nicht geben will!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns im Jahr 2011 nach Christus. Ganz Deutschland hat verstanden, dass Steuersenkungen auf Pump Unfug sind. Ganz Deutschland? Nein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein!)

In einem kleinen Dorf an der Spree leistet eine schwarz-gelbe Bundesregierung dem gesunden Menschenverstand ganz hartnäckig Widerstand.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber während ich mich beim Kampf von Astrerix und Obelix gegen die römischen Invasoren ganz vergnügt zurücklehnen kann, lässt mich diese Ansage der Bundesregierung völlig fassungslos zurück. Denn Tag für Tag erinnert uns die Schuldenkrise in Europa daran, wie schädlich Staatsverschuldung und wie wichtig solide Haushaltspolitik ist.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Auch bei der CDU weiß man es. Nicht zuletzt haben CDU-Ministerpräsidenten Widerworte gegen diese verrückten Plä-

(Minister Dr. Nils Schmid)

ne eingelegt; aber leider ignoriert Frau Merkel diese geflissentlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kößler?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ja.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Herr Kößler.

Abg. Joachim Kößler CDU: Herr Minister, würden Sie einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass es hier nicht um Steuersenkungen geht?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es geht darum, Gerechtigkeit ins Steuerrecht zu bringen. Es ist jetzt nicht die Frage, ob wir es jetzt gleich, morgen oder im Jahr 2013 machen. Aber wir sollten es tun. Dieses Steuerrecht – das müssten Sie mir im Grunde bestätigen – ist nicht sozial ausgewogen. Dieses Steuerrecht ist in der Progressionszone nicht ausgewogen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kommen wir näher! – Glocke des Präsidenten)

Das muss man ändern, wenn man will, dass der Bürger in Zukunft auch freiwillig und einsichtig Steuern zahlt. Wir haben in Baden-Württemberg Steuermehreinnahmen von 2 Milliarden €.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Kößler, ich gehe davon aus, Sie wissen, was Herr Schäuble und Herr Rösler vorgestellt haben, nämlich eine Steuersenkung im Umfang von 7 Milliarden €. Darüber diskutieren wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Winfried Kretschmann hat zwar recht, wenn er sagt, in der Politik gebe es Wunder, aber in der Steuerpolitik kann man nicht mit Taschenspielertricks argumentieren, Herr Kößler.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist es ganz klar: Steuersenkungen in Höhe von 7 Milliarden € auf Pump wird es mit dieser Landesregierung nicht geben. Wir werden nicht zulassen, dass CDU und FDP neue Löcher in unseren Landeshaushalt reißen. 530 Millionen € gehen dem Landeshaushalt flöten, wenn diese Steuerpläne Wirklichkeit werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Pro Jahr!)

Wir ringen gerade darum, dass wir nach der Nullneuerschuldung im Jahr 2011 auch 2012 ohne neue Schulden in Baden-Württemberg auskommen. Wenn Ihre Steuersenkungspläne Wirklichkeit werden, dann können wir diese Pläne in den Wind schreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gleichzeitig verlangen die gleichen Parteien, mehr für die Straßeninfrastruktur zu tun. Ich meine, auch das kostet Geld.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Gleichzeitig hört man aus allen Lagern, man müsse mehr für Bildung, für Ganztagschulen und für Kinderbetreuung tun. Ich sage Ihnen eines: Diese geplanten Steuersenkungen schaden nicht nur dem Landeshaushalt, sondern sie schaden auch den kommunalen Haushalten. Allein den baden-württembergischen Kommunen gehen etwa 440 Millionen € flöten, wenn diese Steuersenkungspläne Wirklichkeit werden – kein Geld für den Ausbau der Krippen, kein Geld für eine verbesserte Sprachförderung, kein Geld für Schulsozialarbeit. Das ist nicht die Schuld dieser Landesregierung, sondern das geht auf die verrückten Steuerpläne von CDU und FDP im Bund zurück.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich werde nicht zulassen, dass Sie sich das Mäntelchen der Steuergerechtigkeit über die Schultern werfen, wenn Sie über die kalte Progression reden. Die kalte Progression kann im Einzelfall bei Bürgern mit mittlerem und höherem Einkommen ein Problem sein.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei vielen!)

Sie haben anhand eines Beispiels geschildert, dass eine Lohn-erhöhung dazu führt, dass ein zusätzlich verdienter Euro – ich betone: zusätzlich – in der Progression etwas stärker belastet wird. Sie unterschlagen jedoch, dass die allermeisten Bürgerinnen und Bürger eben gar keine Einkommensteuer zahlen und dass gerade für die Geringverdiener die Sozialabgaben die weitaus größere Problematik darstellen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Leistungsträger!)

Deshalb: Wer wirklich etwas für die Leistungsträger in dieser Gesellschaft tun will, muss sich die Gesamtbelastung anschauen und muss vor allem Steuergerechtigkeit im Alltag durchsetzen. Genau dies wird diese Landesregierung tun. Wir verstärken die Steuerverwaltung, damit uns nicht so viel durch die Schlupflöcher verloren geht und Steuerhinterzieher auch wirklich erlappt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir werden – anders als Sie in Ihrer Regierungszeit – auch Steuerdaten-CDs ankaufen, um Steuerkriminelle zu verfolgen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Grunderwerbsteuer!)

Die Wirklichkeit Ihrer Steuerentlastung kann man ja besichtigen. Sie haben darauf hingewiesen: Es gab ein großes Entlastungspaket der schwarz-gelben Bundesregierung. Aber wer wurde denn entlastet? Hoteliers wurden durch die Mehrwertsteuerermäßigung entlastet. Wer meint, dies sei eine große, gerechte Steuerpolitik gewesen, dem muss ich sagen, dass die Wirklichkeit eine andere Sprache spricht. Die Bürgerinnen und Bürger wissen ganz genau, weshalb sie bei den letzten Wahlen insbesondere die FDP nicht mehr gewählt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer einen leistungsfähigen Staat will, wer dafür sorgen will, dass in der Finanzpolitik Lasten gerecht verteilt werden, muss

(Minister Dr. Nils Schmid)

auch bereit sein, diejenigen, die starke Schultern haben, etwas stärker in die Verantwortung zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Da geht es um eine moderate Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Da geht es um die Frage, ob eine Vermögensteuer auf private Vermögen, die den Länderhaushalten zugutekommt und bei der wir ein Hebesatzrecht haben, wieder eingeführt wird. Das ist ein wirklicher Beitrag dazu, dass unser Gemeinwesen solide finanziert wird und den zukünftigen Generationen eben nicht dauernd neue Schulden aufgebürdet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb will ich zum Schluss sagen, dass am Ende der Comics bei Asterix und Obelix immer ein großes Fest stattfindet, bei dem man Wildschweine brät und gemütlich zusammensitzt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich fürchte nur, dass die Bundesregierung in der aktuellen Debatte in die Rolle des Troubadours rutscht, der immer am Rand stehen bleibt und nicht so richtig mitfeiern darf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zu CDU und FDP/DVP: Wo ist euer Troubadour? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Troubadix heißt der! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, die Sau muss erst erlegt werden!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Halt, halt, halt!)

– Entschuldigung, Herr Schmiedel. Ich habe mich Hilfe suchend umgeschaut. Bitte, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt doch nichts Neues!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, vielen Dank. Das ging jetzt ein bisschen schnell.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zu schnell für Sie!)

Aber ich muss meiner Irritation Ausdruck verleihen. Bei Ihnen von Schwarz und Gelb geht es drunter und drüber. In der „Bild“-Zeitung steht groß: „CDU-Landesvorsitzender Strobl: Ich mache diesen Unsinn nicht mit“. Jetzt höre ich ein leidenschaftliches Plädoyer für diesen Unsinn: „Rülke unterstützt Seehofer im Steuerstreit“. Unterzeile: „Stuttgarter FDP-Fraktionsvorsitzender hält Haushaltskonsolidierung für dringender als Entlastungen“.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Was war denn das für eine Rede?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Grimms Märchen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rülke?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Gern.

(Zuruf: Er fordert es heraus! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er will ja gefragt werden! – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, sind Sie bereit, den Zeitungsartikel, den ich Ihnen vorhin zu Ihrer Aufklärung überreicht habe, vollständig zu zitieren? Wenn Sie dies tun würden, würden Sie auch zitieren, dass ich mir Steuersenkungen durchaus vorstellen kann, aber gegen diesen Weg bin, weil ich im Bundesrat keine Realisierungschancen sehe, und den Vorschlag gemacht habe, stattdessen den Solidaritätszuschlag zu senken.

Wenn Sie, Herr Kollege Schmiedel, dann bereit sind, einen Brief aller Fraktionsvorsitzenden an die Bundeskanzlerin zu formulieren mit dem Ziel, statt einer Verminderung der kalten Progression den Solidaritätszuschlag abzusenken, sind wir uns einig und unterschreibe ich gern.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Schauen wir einmal nach, was darin steht:

Rülke sagte, für ihn stehe die Haushaltskonsolidierung im Vordergrund.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Andreas Stoch SPD: Jetzt nehmen wir Sie einmal ernst!)

Und jetzt wörtlich:

„Wenn man das Thema Steuersenkung überhaupt angehen will, dann nur über den Soli.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da werden alle entlastet!)

Jetzt habe ich gedacht, es gehe um die kalte Progression; dabei geht es um den Soli.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es geht um die Kleinen!)

Es besteht also ein Durcheinander, wohin man schaut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb, Herr Kößler: Man kann mit uns über die Beseitigung der kalten Progression reden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt doch? So ein Durcheinander! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Zuhören! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dann muss man aber das Gesamtsteuersystem in den Blick nehmen. Im internationalen Vergleich sind die Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik stärker mit Steuern und Abgaben belastet als in den meisten anderen Ländern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

(Claus Schmiedel)

Im internationalen Vergleich sind aber die Vermögen fast nicht belastet. Da eine Verschiebung zu machen ist okay.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir jetzt sagen würden, wir verzichten jedes Jahr auf 500 Millionen €, dann hieße das: In zehn Jahren, wenn die Schuldenbremse greifen soll, hätten wir 5 Milliarden € zusätzliche Schulden aufgetürmt. Aber nicht mit der SPD, auch nicht mit den Grünen!

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Diese Koalition steht für solide Finanzen. Sie bekommen jetzt die letzte Chance, zu unterschreiben. Haushaltskonsolidierung steht im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie den Soli hineinschreiben, unterschreibe ich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir können ja den Zeitungsartikel dranheften! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist bei denen schon angekommen!)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Frau Abg. Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, ich bin schon sehr verwundert. Auf einmal haben Sie das große Thema Steuergerechtigkeit entdeckt. Wo waren Sie denn bisher?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Immer da, wenn Sie jetzt z. B. mit der Grunderwerbsteuer kommen!)

Genau das ist Ihre unsolide Finanz- und Haushaltspolitik: immer auf Pump.

(Abg. Winfried Mack CDU: Steuererhöhungen, Steuererhöhungen, Steuererhöhungen!)

Sie wollen keine Einnahmeverbesserung, Sie wollen keine Aufgabenkritik, Sie wollen die Pensionslasten nicht angehen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie wollen Abzocke ohne Ende!)

und auch die Vorsorge nicht. Sie leben nur auf Pump, und das geht nicht mit uns. Das ist weder gerecht noch sonst etwas. Pump ist ungerecht gegenüber den nachkommenden Generationen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt führen Sie auf einmal die kalte Progression an. Wenn Sie wirklich Steuergerechtigkeit wollen, dann durchforsten Sie doch einmal die Steuergesetze. Gehen Sie an die Subventionen der Hoteliers, die wir dank der FDP/DVP im Wahljahr wieder bekommen haben. Gehen Sie daran, alle Einkünfte gleichmäßig zu besteuern und nicht je nachdem, woher sie kommen.

„Steuergerechtigkeit“ klingt gut, und es ist fast schon rührend, wenn die CDU die IG Metall zitieren muss. Es fangen wirklich neue Zeiten an. Ich finde, da hat die CDU sehr großen Nachholbedarf – nicht nur beim Thema Steuergerechtigkeit, sondern auch beim Umgang mit Institutionen, mit Gewerk-

schaften und Sonstigen. Aber wir helfen gern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber lieb von Ihnen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Abg. Kößler.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt, Kollege, ein Gegenfinanzierungsvorschlag!)

Abg. Joachim Kößler CDU: Ich werde keinen Gegenfinanzierungsvorschlag machen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist unsolide!)

– Wir können uns über die Gegenfinanzierung unterhalten. Das bedarf einer grundlegenden Steuerreform.

Ich sage es noch einmal – befassen Sie sich bitte alle damit –: Das, wofür wir uns einsetzen, hat nichts mit Steuersenkung zu tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Das System gebiert Mehreinnahmen durch Inflation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD hält einen Zeitungsartikel hoch. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Rülke redet von Steuersenkungen!)

Darum geht es und um nichts anderes.

Lassen Sie doch einmal die Ideologie weg. Es ist doch nicht in Ordnung, dass, je höher die Inflation ist, der Staat umso mehr Steuern einnimmt.

Ich habe mir vorhin schon gedacht, dass Sie die Kommunen mit ins Boot nehmen. Das war mir klar. Herr Schmid, das hätte ich auch gemacht, wenn ich an Ihrer Stelle wäre. Damit erzeugen Sie natürlich emotionalen Aufruhr. Das geht einfach nicht.

Versuchen wir doch einmal, die Sache intellektuell zu betrachten.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Okay, probieren wir es!)

Es ist nun einmal so: Man kann Steuerpolitik ideologisch machen, man kann sie aber natürlich auch fachkompetent machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Frau Aras hat einen entsprechenden Hintergrund. Auch ich habe einen entsprechenden Hintergrund, und zwar einen volkswirtschaftlichen. Ich habe mich einigermaßen intensiv mit Steuerpolitik befasst. Ich sage Ihnen eines: Die Ablehnung von Steuersenkungen ist eine rein emotionale Sache. Aber betrachten wir jetzt, dass im Grunde Steuern auf eine Art eingenommen werden, die nicht gerecht ist.

(Joachim Kößler)

Wenn der Nebel einmal verflogen ist, können Sie doch nicht zulassen, dass die Steuereinnahmen weiterhin inflationsbedingt automatisch steigen. Ich habe es vorhin gesagt: Die kalte Progression hat in den Jahren von 1997 bis 2007 etwa 34 Milliarden € hervorgebracht. Wenn man steuergerecht sein will, kann man es doch nicht so lassen, dass der Staat immer mehr von der Inflation profitiert. Ich verstehe Ihren Eifer hinsichtlich der Steuermehreinnahmen. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie diese Mehreinnahmen zurückgeben wollen. Jetzt regieren Sie; in früheren Zeiten hätten Sie anders argumentiert. Auf Dauer kann man die kalte Progression nicht so lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage nicht, dass das System morgen geändert werden muss – mir ist klar, dass die Haushalte konsolidiert werden müssen –, aber im Rahmen eines Gesamtpakets wäre das vielleicht eine Möglichkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Nichts dagegen!)

Der Vorschlag mit dem Solidaritätsbeitrag ist meines Erachtens eine Krücke.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist eine Krücke. Das müssen wir intellektuell oder rechtlich so feststellen.

Aber wir müssen uns überlegen, ob man in einem Paket an eine Steuerstrukturreform herangeht. In Deutschland gab es seit den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts keine Steuerstrukturreform.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Aber jetzt sollte man einen Zwischenschritt machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

– Doch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht auf Pump!)

Das Land nimmt 2 Milliarden € mehr ein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wird auch einmal wieder weniger! Konjunktur! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das haben Sie schon für neue Stellen in den Ministerien ausgegeben!)

Der Bund nimmt im Verhältnis dazu sehr viel ein. Ein Teil davon, über 1 Milliarde € oder noch mehr, ist wahrscheinlich nur der kalten Progression geschuldet. Es kann nicht gehen, dass der Staat in Zukunft einfach von der Inflation profitiert. Das sagt auch der Präsident der Bundesbank, Herr Dr. Weidmann. Er hat gesagt: Es wäre erwägenswert, die kalte Progression abzuschaffen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist im Grunde das Problem!)

Ich will nicht so weit gehen wie die Schweizer, dass wir im Grunde genommen eine Indexierung vornehmen. Aber jetzt sollte man wirklich einmal den Einstand schaffen. Ich weiß,

Sie kämpfen um das Geld, weil Sie natürlich an anderen Stellen als wir Prioritäten bei den Ausgaben setzen. Sie wollen Prioritäten setzen, die wir vielleicht nicht gesetzt haben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sinnvoll gestalten!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schuldenberge ohne Ende hinterlassen und solche Sprüche äußern! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Grimm.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich muss noch zwei Sätze loswerden. Es ist sehr richtig, wenn die Regierung derzeit sagt, im Haushalt würden aufgrund dieser Steuergerechtigkeit derzeit 500 Millionen € fehlen. Aber ich denke, es werden auch wieder Millionen Euro hinzukommen, wenn Sie auch denjenigen, die für diese Einnahmen sorgen, ein wenig zurückgeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Verdient!)

Ich denke, bei dem demografischen Wandel, den wir haben, müssen wir mit den Ressourcen, die wir haben, entsprechend umgehen. Sie tun hier heute so, als ob die kalte Progression keine Leistungsträger beträfe.

Frau Aras, Sie sind Steuerberaterin. Sie müssen das wissen. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen der Regierung ein, sich die Gesichter der Mitarbeiter bei der Öffnung der Lohntüte im November anzuschauen und sich mit diesen über die Jahressonderzahlungen zu Weihnachten und darüber, wie viel Netto vom Brutto übrig geblieben ist, zu unterhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Im gleichen Atemzug wird heute in Berlin über Milliarden Euro, ja sogar über Billionen Euro entschieden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann kommt es auch nicht mehr darauf an?)

Das wird von den Bürgern getragen und gezahlt, die wir hier ein klein wenig zu entlasten versuchen, bei denen wir versuchen, gerecht zu sein. Jetzt fangen Sie an zu rechnen. Herr Schmiedel, ich fand es schön, wie Sie aus 500 Millionen € 5 Milliarden € machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schuldenbremse! In zehn Jahren!)

– Gehen wir einmal von zehn Jahren mit jährlich 2 Milliarden € Steuereinnahmen mehr aus. Dann hätten wir 20 Milliarden € mehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch konjunkturell bedingt! Sie kennen doch die Steuereinnahmen aus 2015/2016 nicht! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Leopold Grimm)

Bisher war es immer so, dass man durch die Steuererhöhungen die Konjunktur nicht angekurbelt hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir haben früher anders regiert!)

Herr Drexler, ich bin ein Mann aus der Wirtschaft. Ich weiß, dass eine Wirtschaft auch mit Motivation beflügelt werden kann. Dazu bedarf es der Bürgerinnen und Bürger, die da arbeiten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

Deshalb wollen wir den Bürgern, deren Einkommen sich in dem angesprochenen Rahmen bewegt, helfen. Das betrifft ein Jahresgehalt von 8 000 bis 53 000 €. Dazu gehören u. a. auch die jungen Leute, diejenigen, die neu in den Beruf einsteigen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Junge Familien!)

Diese gehören mit dazu. Diese wollen Sie mit der kalten Progression demotivieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die gehen ins Ausland!)

Da sehen wir einen Ansatz für eine sinnvolle Steuersenkung. Dafür stehen wir auch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich Sie darüber informieren, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, Tagesordnungspunkt 5 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf einen späteren Termin, voraussichtlich 10. November, zu verschieben.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EnBW fit für die Zukunft machen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich darf schließlich auf § 60 Abs. 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedaure, dass der Ministerpräsident uns bei dieser Debatte nicht die Ehre seiner Anwesenheit gibt;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es ist halt nicht wichtig für ihn!)

denn er ist die Ursache für diese Debatte.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Er hat sich in der vergangenen Woche zum Thema EnBW geäußert. Wir erwarten von einem Regierungschef durchaus, dass er für dieses wichtige Energieunternehmen unseres Landes, an dem das Land Baden-Württemberg auch etwa zur Hälfte beteiligt ist, die Verantwortung übernimmt und auch den Weg für die Zukunft weist.

Wir stimmen dem, was der Ministerpräsident in der vergangenen Woche zum Thema EnBW geäußert hat, teilweise zu.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Teilweise!)

Denn er hat gesagt, er könne sich durchaus vorstellen, den Aktienbesitz der EnBW zumindest mittelfristig in die Hände von anderen Investoren zu überführen. Namentlich hat er Stadtwerke und regionale Energieerzeuger genannt. So weit gehen wir mit.

Was uns weniger gefallen hat, war das Zitat des Kaisers Vespasian: „Pecunia non olet“ – Geld stinkt nicht. Das soll wohl heißen: „Es ist mir eigentlich egal; gern dürfen auch ausländische Investoren kommen.“ Da haben wir durchaus Bedenken.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn wir hatten stets ein Ziel – da unterstützen wir den Ministerpräsidenten durchaus –, und nur unter dieser Voraussetzung haben wir vor knapp einem Jahr inhaltlich zugestimmt.

Zum Verfahren habe ich bei der letzten Landtagssitzung schon alles Notwendige gesagt. Der neu gewählte Landtagspräsident hat sich heute auch noch einmal zu diesem Thema geäußert. Aber inhaltlich ist es richtig, und inhaltlich haben Sie es damals auch unterstützt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Fiskalpolitisch kann man heute sagen, es war falsch, denn der Wertverlust wurde realisiert. Es ist aber ordnungspolitisch richtig, weil wir das Ziel verfolgen können, mehr Wettbewerb in diesen Markt zu bringen. Da unterstützen wir, wie gesagt, die Pläne des Ministerpräsidenten, soweit sie sich auf Stadtwerke und regionale Energieerzeuger konzentrieren.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann betritt den Plenarsaal.)

Dann ist es auch energiepolitisch richtig. Aber es ist industriepolitisch falsch, wenn er sagt: Es ist mir eigentlich egal, woher das Geld kommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er ist jetzt da!)

– Das freut mich. – So ist diese Äußerung ja zu verstehen.

Die EnBW fit für die Zukunft zu machen – was bedeutet das? Es bedeutet natürlich, die Energiewende anzunehmen. Sie ist

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ein Faktum. Wir wollen nicht mehr darüber diskutieren, ob es richtig oder falsch gewesen ist, die Laufzeitverlängerung vorzunehmen oder Laufzeiten abzukürzen oder wie auch immer. Faktum ist: Wir müssen uns jetzt mit dem abfinden, was beschlossen worden ist. Das ist ein schwieriger Prozess für die EnBW. Es ist ein schwieriger Prozess für die Energieversorgung im Land Baden-Württemberg. Aber wir müssen ihn annehmen.

Wir wollen vor allem wissen, was die Landesregierung vorhat. Wir wollen auch wissen, was die Landesregierung mit der EnBW vorhat. Es reicht nicht, zu sagen, was man sich alles vorstellen kann, sondern man muss deutlich machen, welchen Weg man zu gehen gedenkt.

Dabei unterstützen wir Sie beim Thema Stadtwerke und beim Thema „Regionale Energieerzeuger“, weil diese auch auf die dezentralen Strukturen, die notwendig sein werden, hinarbeiten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das brauchen wir dazu!)

Wir wollten stets – hier treffen sich unsere Intentionen –, dass die Anteile der EnBW weg vom französischen Staatskonzern und hinein ins Land Baden-Württemberg, zu Stadtwerken, zu regionalen Energieerzeugern, gehen. Wir wollten nach Möglichkeit auch das Kapital hierfür aus dem Land haben. Insofern würden wir gern von Ihnen wissen, was Sie sich dazu konkret vorstellen.

Wir hätten gern Antworten, etwa auf die Frage: Wie stellen Sie sich die Führung der EnBW vor? Ich glaube, es ist an der Zeit, deutlich zu machen, ob sich auch das Land zur Person Villis bekennt. Die OEW tun dies offensichtlich, die Mitarbeiter tun es offensichtlich auch. Der Konzern verdient es, zu wissen, wie es weitergeht. Bitte, Herr Ministerpräsident, äußern Sie sich zu dieser Personalfrage.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg und auch die Mitarbeiter der EnBW müssen darüber informiert sein, wie Sie sich zur Frage der Kapitalerhöhung stellen. Die OEW können sich vorstellen, 400 Millionen bis 600 Millionen € im Zuge der Kapitalerhöhung zuzuschießen. Wie sieht das beim Land Baden-Württemberg aus? Können Sie sich das auch vorstellen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was stellen Sie sich denn vor?)

Schließlich ist die Frage: Wie ist es, wenn Sie sich das nicht oder nur teilweise vorstellen können? Können Sie sich auch vorstellen, dass dann die OEW die Mehrheit, also ein größeres Aktienpaket als das Land Baden-Württemberg, übernehmen?

All das sind Fragen, auf die die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg und die Mitarbeiter der EnBW Antworten verdienen. Bitte, Herr Ministerpräsident, geben Sie diese Antworten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident Wolf, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte findet in einer zugegebenermaßen schwierigen Situation statt. Derzeit steht in jeder Zeitung, die ich aufschlage, etwas über die EnBW.

Wir reden hier in einer besonderen Verantwortung des Landes. Wir reden nämlich über 20 000 Mitarbeiter. Wir reden über 5 Milliarden €, die das Land in die Eigentümerschaft investiert hat. Wir reden auch über ein Unternehmen, das für die Energiewende in Baden-Württemberg und Deutschland unerlässlich ist.

Wir haben für die Energiewende nicht ewig Zeit. Im Grunde haben wir gerade einmal zehn Jahre Zeit, um die Energiewende zu gestalten. Da ist jeder Tag wichtig. Deswegen verstehe ich auch nicht – das muss ich gleich am Anfang sagen –, weshalb sich die Landesregierung mit dieser Debatte über die neue Strategie so viel Zeit lässt.

(Zurufe von den Grünen)

Alle, die im Auftrag der Landesregierung im Aufsichtsrat des Unternehmens sitzen, sagen – allen voran Herr Minister Schmid; er sagt dies schon seit Wochen und Monaten –, dieses Unternehmen hätte keine Strategie. Das ist übrigens ziemlich der übelste Vorwurf, den man einem Unternehmen in dieser Größe machen kann. Ich glaube eher, die Landesregierung hat keine Strategie bei der EnBW.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Strategie im Bereich der Produktion, also im Kerngeschäft der EnBW, ist schon immer völlig klar. Ich kann sie Ihnen auch erklären.

(Minister Dr. Nils Schmid: Wow! Jetzt aber!)

Die EnBW will und muss – das ist auch von der Politik vorgegeben – aus der Kernenergie und den fossilen Energien aussteigen. Wer aussteigt, muss auch einsteigen. Deswegen investiert die EnBW in große Projekte für erneuerbare Energien. Sie waren doch alle dabei. Sie waren beim Wasserkraftwerk dabei, Sie waren bei Baltic 1 dabei. Das sind riesige Investitionen.

Die EnBW sagt, sie brauche 5 Milliarden €, um die Energiewende kraftvoll zu gestalten. Wir, das Parlament, haben doch einen Konsens über den Auftrag, diesen Umstieg so zu organisieren. Dazu brauchen wir die EnBW. Und was machen Sie? Seit Monaten lassen Sie die EnBW am langen Arm verhungern. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss Ihnen sagen: Es ist schon bemerkenswert, dass 500 Kreisräte in zwei Stunden die EnBW-Strategie verstehen, akzeptieren und bereit sind, 400 bis 600 Millionen € für die Kapitalerhöhung bereitzustellen. Es ist auch bemerkenswert, dass Anleger am Kapitalmarkt, die nur Kapitalinteressen haben – keine Landesinteressen, keine ökologischen Interessen, keine Interessen an der Energiewende –, bereit sind, 750 Millionen €

(Paul Nemeth)

zu investieren. Aber das Land sagt gar nichts zur Kapitalerhöhung. Es traut offensichtlich dem eigenen Unternehmen nicht. Sie reden mit dieser Diskussion den Wertverlust ein Stück weit herbei. Das ist nicht gut für das Unternehmen, und es ist auch nicht gut für die Mitarbeiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir, die CDU-Fraktion, möchten an dieser Stelle das jahrelange Engagement und das Vertrauen loben, das die OEW in den letzten Wochen und Monaten in dieses Unternehmen gesetzt haben. Die OEW sind auch dann an Bord, wenn die Luft einmal ein bisschen dünner wird. Sie nehmen die Verantwortung als Eigner gegenüber den Mitarbeitern wahr, und sie nehmen den Auftrag, die Energiewende anzugehen – wofür wir die EnBW doch wollen –, ernst und setzen ihn um. Herr Minister Schmid, davon könnten Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Minister Dr. Nils Schmid: Einfach nur Geld
hineinschießen?)

Die EnBW hat im Grunde doch ein klares Programm, das öffentlich bekannt ist. Erstens sollen durch die Einsparprogramme – Stichwort FOKUS – 250 Millionen € bei den Mitarbeitern und zusätzlich 500 Millionen € im Betriebsbereich gespart werden. Zweitens geht es um den Verkauf der Unternehmensanteile. Drittens geht es um die Akquirierung von neuem Kapital über die Hybridfinanzierung – ein schöner und moderner Begriff. Es ist ja sehr populär, über Hybrid zu reden; das wissen wir Energiepolitiker. Im Grunde ist es ein bisschen eine „wilde Ehe“, aber auf jeden Fall ist es gutes Geld, das die EnBW auch brauchen kann.

Viertens – da sind Sie jetzt gefragt – geht es um die Kapitalerhöhung durch die Anteilseigner. Dazu hat doch der Vorstand ganz klar gesagt: Wir brauchen das Geld, um unser Rating am Kapitalmarkt zu halten. Wenn wir es nicht halten, wenn Sie, die Landesregierung, kein Vertrauen in das Unternehmen haben, dann bedeutet das einen Zinsverlust von einem Prozentpunkt. Das wären umgerechnet 50 bis 70 Millionen €, die die EnBW mehr an Schuldenlast pro Jahr hätte, nur weil das Land nicht Ja zu dieser Kapitalerhöhung sagt. Das ist finanzpolitisch, energiepolitisch und übrigens auch wirtschaftspolitisch ein Treppenwitz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg.
Jürgen Walter GRÜNE)

Da muss ich schon einmal fragen: Warum ist das so? Warum sagen alle Beteiligten Ja – sogar diejenigen, die nur an der Verzinsung ihres Geldes am Kapitalmarkt interessiert sind –, warum steigen alle ein, nur das Land nicht? Da muss es doch offensichtlich andere Motive geben. Ich glaube, die EnBW ist einfach bei Ihren Wählern und auch bei den Leuten in Ihrer Partei ein ungeliebtes Kind.

(Zuruf von den Grünen)

Sie wollen sie nicht haben; sie sehen noch immer ein bisschen das Atomunternehmen im Hintergrund. Deswegen setzen Sie die Interessen Ihrer Partei vor die Interessen des Landes, und das ist schlecht.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von den Grünen –
Zuruf: Warum habt ihr die EnBW dann überhaupt ge-
kauft?)

Die CDU-Landtagsfraktion will eine starke EnBW, und zwar aus drei Gründen: Erstens tragen wir als Miteigentümer Verantwortung für die 20 000 Mitarbeiter und deren Familien.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: 41,50 €!)

Zweitens brauchen wir die EnBW für die Energiewende.

(Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Das geht nicht allein, und es geht auch nicht lediglich mit den Stadtwerken. Die Stadtwerke sind wichtig. Sie sind ein ganz wichtiger Baustein. Aber wir in Baden-Württemberg haben auch die Chance, mit diesem großen Konzern die Energiewende kraftvoll voranzubringen. Dies ist gerade bei großen Projekten von Vorteil; die EnBW hat dies mit Baltic 1 bereits bewiesen.

Dabei ist nun ein weiterer Baustein erforderlich: Auf die Landesregierung kommt eine weitere Aufgabe zu – die sie allerdings nicht wahrnimmt; zumindest ist dies nicht wahrnehmbar –, nämlich die, die Zusammenarbeit zwischen der EnBW und den Stadtwerken zu moderieren. Auch hier ist von der Landesregierung – hier wären Sie natürlich als Mittler gefordert – nichts zu sehen. Wir fordern gerade für den Bereich Netze ein stärkeres Engagement der Landesregierung, um die Stärken der EnBW mit den Stärken der Stadtwerke vor Ort bei den Netzen und bei Projekten der Kraft-Wärme-Kopplung voranzubringen.

Hier wäre die Landesregierung auch gefordert. Aber leider ist von einem Engagement nichts zu sehen. Deswegen müssen wir Ihre Haltung, Ihre Politik in den letzten Wochen und Monaten ein Stück weit rügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Rügen?)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht nun Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt ein starker Auftritt von Herrn Nemeth.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Paul Nemeth CDU: Danke, danke!)

Ich bin bass erstaunt, wie sehr Sie sich hier ins Zeug gelegt haben. Es ist wirklich mutig, wenn Sie sich hier hinstellen und der neuen, grün-roten Landesregierung vorwerfen, sie würde im Interesse der Partei und nicht im Interesse des Landes handeln –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie bei S 21!)

angesichts dessen, dass wir doch gerade in den vergangenen Tagen wieder überall vom EnBW-Deal des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus lesen konnten, und ange-

(Edith Sitzmann)

sichts dessen, dass wir heute mehr denn je wissen, dass es dabei in keiner Weise um das Interesse des Landes ging.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no!)

Das Interesse bestand einzig und allein darin, sich vor der Landtagswahl als starken Mann zu präsentieren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie etwas aus dieser Chance!)

und den Machterhalt zu sichern. Darum ging es doch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Machen Sie etwas aus Ihrer Chance!)

Deshalb sage ich: Kommen Sie wieder auf den Boden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Was auch nicht geht, werte Kolleginnen und Kollegen, ist, wenn man eine Debatte zur EnBW beantragt, in Bezug auf die Vergangenheit einfach zu sagen: „Schwamm drüber! Das interessiert uns nicht.“

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Später vielleicht.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das habe ich mir gedacht! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Er hat schon so lange geschwätzt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt sagen Sie einmal, was Sie aus der EnBW machen wollen! Dann erübrigt sich vielleicht die Zwischenfrage! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eure Rede sei: Ja, ja, nein, nein!)

Was nicht geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, sich hier hinzustellen und die Vergangenheit einfach vollkommen auszublenden, auszublenden, unter welchen Bedingungen das Land die EnBW-Aktien von der EdF zurückgekauft hat – nämlich vorbei an der Verfassung des Landes, klar verfassungswidrig, rein zum Machterhalt der CDU,

(Oh-Rufe von der CDU)

und auch noch zum wirtschaftlichen Nachteil dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir schon lange! Aber sagen Sie uns endlich, was Sie machen wollen! Was machen Sie daraus?)

und Sie sollten Ihre Fehler eingestehen.

Ihnen war vor der Landtagswahl jedes Mittel recht. Das hat dazu geführt, dass Sie einen vollkommen überhöhten Preis für die Aktien bezahlt haben. Das ist heute mehr denn je offensichtlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie schon mehrfach gesagt!)

Die EdF – das konnten wir erst in der vergangenen Woche wieder nachlesen – hatte gar keine Absichten, an dubiose ausländische Investoren aus dem Osten zu verkaufen – oder was da sonst noch vom ehemaligen Ministerpräsidenten immer erzählt worden ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reine Erfindung! Die Absicht hatte nur Herr Mappus!)

Nein, das Preisangebot war so attraktiv, dass man es schlicht nicht ausschlagen konnte. Das war der Grund, warum die EdF zugeschlagen hat. Damit haben Sie den Baustein dafür gelegt, dass es heute mit der EnBW in Baden-Württemberg wirtschaftlich schwierig ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Letztlich gab es ein paar Gewinner. Der eine Gewinner ist die EdF. Und dann gibt es einige Berater, die mit Provisionen gut verdient haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Spezi-Wirtschaft!)

Aber das Land hat nichts gewonnen. Sie, Herr Kollege Hauk, haben diesen Deal von Anfang an gedeckt, und Sie haben es bis heute nicht für nötig befunden, sich von diesem Fehler der Vergangenheit klar zu distanzieren. Das erwarten wir noch immer – gerade von Ihnen als CDU-Fraktionsvorsitzendem.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Unsinn! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und wir erwarten, dass Sie endlich handeln!)

Dazu gehört, dass Sie einen Beitrag dazu leisten, dass alle Beteiligten endlich die Karten auf den Tisch legen, dass die Märchenstunde vorbei ist und dass Sie für öffentliche Aufklärung darüber sorgen, wie dieser Deal zustande gekommen ist. Da sind Sie, Herr Kollege Hauk, in der Pflicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie geht es weiter?)

Wir werden Ihre Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sondern wir werden sehr verantwortungsbewusst mit der Aufgabe umgehen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie denn?)

die das Land hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geht es ein kleines bisschen konkreter?)

Dabei müssen Sie die Tatsachen zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte ein bisschen Inhalt! – Gegenruf von den Grünen: Wie in der Muppet Show!)

Es stimmt eben nicht, dass der Atomausstieg vom Himmel gefallen ist, werte Kolleginnen und Kollegen. Es gab einen Atomkonsens unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Den hat die EnBW mit unterschrieben und dennoch unnötig lange an der Atompolitik festgehalten.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Aber nicht nur das ist schwierig, meine Damen und Herren, sondern schwierig ist auch, dass es weitere Sonderbelastungen gibt, die die EnBW zu tragen hat und die die heutige Situation schwierig machen. Man kann übrigens in der Pressemitteilung über den Halbjahresbericht nachlesen, dass es Sonderbelastungen gibt und dass Wertberichtigungen in Höhe von 615 Millionen € vorgenommen werden müssen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das können wir selbst lesen! Aber wie geht es denn weiter?)

Meine Damen und Herren, es sind einfach Fehlentscheidungen, Fehlinvestitionen getroffen worden, für die auch der Vorstandsvorsitzende der EnBW Verantwortung trägt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Wenn wir diese Fakten zur Kenntnis nehmen, dann ist doch völlig klar, dass die EnBW eine neue Strategie braucht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt haben wir einen Teil Ihrer Strategie schon verstanden!)

und zwar bevor wir uns mit der Frage beschäftigen: Soll sich das Land weiter beteiligen oder nicht?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Klar ist: Zum jetzigen Zeitpunkt ist diese Frage nicht entscheidungsreif. Ich bin gespannt, welche Vorschläge Sie haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach so!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke, wenn Sie sich hier hinstellen und mit großen Worten sagen, es sei ein Fehler, wenn man Anteile der EnBW ins Ausland verkaufte, dann frage ich: Warum haben Sie es dann gemacht?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben sie doch nach Frankreich verkauft – Sie auch.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Da war er doch noch gar nicht im Landtag!)

Jetzt schildern Sie diese Nacht-und-Nebel-Aktion als Großtat. Wir wissen allmählich genauer, welche Absicht dahintersteckte. Man muss nämlich wissen, wer bei der Vorbereitung dabei war: Es war nicht der Finanzminister dabei, sondern es war der Wahlkampfmanager dabei.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Jetzt fragt man sich: Was zeichnet denn einen Wahlkampfmanager an Sachverstand bei einer solchen Transaktion aus?

Herr Kollege Nemeth, Sie verweisen darauf, dass 600 Kreisträte nach zwei Stunden der Bereitstellung von 400 bis 600 Millionen € für eine Kapitalerhöhung zugestimmt haben. Da muss man jetzt einmal konkret werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es war auch ein Sozialdemokrat dabei!)

Die OEW und der von ihnen bestellte Aufsichtsratsvorsitzende Hoffmann

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aber jetzt Vorsicht!)

waren vor vier Jahren dabei, als die EnBW eine Beteiligung bei der EWE in Höhe von 2,2 Milliarden € eingegangen ist. Diese 2,2 Milliarden € an eigenen EnBW-Mitteln, die dort liegen, haben in den letzten beiden Geschäftsjahren eine Rendite von 1,1 % abgeworfen. 1,1 %! Jetzt geht die EnBW mit Unterstützung der OEW und des Aufsichtsratsvorsitzenden an den Kapitalmarkt und sagt: „Wir haben kein Geld mehr, gebt uns frisches Geld, wir zahlen 7,4 % Zinsen.“ Ist das eine Strategie, die plausibel in die Zukunft führt, erst 2 Milliarden € an eigenem Geld für 1,1 % anzulegen und jetzt, da man kein Geld mehr hat, am Kapitalmarkt für 7,4 % Geld aufzunehmen?

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Diese Rechnung mag Sie überzeugen, aber uns nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Deshalb tut die Regierung gut daran, nicht nur auf Sprechblasen zu hören wie: „Wir wollen im Norden investieren“, „Wir wollen hier investieren“, „Wir wollen in die Türkei“, „Wir machen da etwas.“ Wir wollen vielmehr eine finanziell unterlegte Strategie sehen. Diese liegt mitnichten vor.

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche haben denn Sie?)

Das Beispiel, das ich erwähnt habe, zeigt, dass es gut gewesen wäre, wenn die OEW und der Aufsichtsratsvorsitzende Hoffmann früher genauer hingeschaut hätten, wo das Geld, das ja vorhanden war, hingeht. Jetzt bringt dieses Geld wenig Erträge, und man braucht frisches Geld. Das, was bisher auf dem Tisch liegt, ist nicht plausibel. Deshalb wird die Regierung zum richtigen Zeitpunkt ihre Antwort formulieren, aber dann substantiell.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Dann ist das Rating weg, wenn Sie so weitermachen!)

– Das Rating ist überhaupt nicht weg.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Leute, das ist eine Firma! Da kann man nicht so reden!)

Was mich irritiert, ist, dass z. B. der Aufsichtsratsvorsitzende – der ja dem gesamten Unternehmen verpflichtet ist –, wie in der Zeitung zu lesen war, aus zwei Töpfen bedient wird.

(Abg. Peter Schneider CDU: Das ist doch Käse! Entschuldigung!)

– Ich gebe nur wieder, was in der Zeitung steht. Ich bin da ja nicht dabei.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Claus Schmiedel)

Ich habe aber kein Dementi zu der Meldung gehört, dass er auf der Payroll, auf der Lohnliste der OEW steht – mit erheblichen Beträgen – und dann auch noch etwas als Aufsichtsratsvorsitzender bekommt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich finde, da müssen wir schon genauer hinschauen. Ich habe gesagt: Es gibt vieles aufzuarbeiten. Der Eindruck, der erweckt werden soll, dass das Unternehmen durch die Energie- wende in eine Schieflage gekommen sei, ist zu korrigieren. Ich habe ein Beispiel genannt. Es gibt aber mehrere. Wir wollen das jetzt hier nicht alles ausbreiten. Aber man muss der Sache auf den Grund gehen. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung bei dem Auf-den-Grund-Gehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auf Grund laufen vielleicht! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hoffentlich saufen Sie nicht ab!)

Wir haben schon mehrfach verglichen, und das möchte ich jetzt noch einmal machen. Wir haben einer Erhöhung des Eigenkapitals der LBBW zugestimmt, einer Bürgschaft zugestimmt, wir haben ein erhebliches Volumen an Geld aus dem Land da hineingegeben – nach intensivster Vorberatung, nach intensivsten Kontrollen, nach Überlegungen, wie es im besten Fall, in einem mittleren Fall und in einem schlechteren Fall aussieht. Wir haben die Frage diskutiert, ob wir, wenn es schlecht läuft, noch Geld haben oder ob wir es vielleicht abschreiben müssen.

Was Sie machen, ist im Grunde genommen dasselbe, was Sie unter der Regierung Mappus gemacht haben: Sie machen einen Schnellschuss, um zu zeigen, dass Sie handeln, aber dabei ist Ihnen egal, was herauskommt. Wir handeln auch, aber wir handeln fundiert und zielgerichtet. Das ist das, was uns von Ihnen unterscheidet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wann handeln Sie? Jetzt habt ihr schon ein halbes Jahr gebraucht!)

Jetzt sagen Sie, Sie wollten von der Regierung wissen, ob die Stadtwerke kooperieren sollen; die Regierung solle da etwas machen. Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Da sind doch eigentlich die im Unternehmen handelnden Akteure gefragt. Die müssen doch jetzt Kooperationen schließen. Sie müssen doch mit der Stadt Stuttgart verhandeln. Das ist doch für uns das nächste zentrale Thema: Verabschiedet sich die Stadt Stuttgart wie viele andere Städte von der EnBW? Alle arbeiten hinter den Kulissen mit den politischen Akteuren, aber Verhandlungen muss doch jetzt das Management führen. Das muss doch sagen, wie kooperiert wird.

Wir haben höchstes Interesse an einer Konsenslösung, gerade in der Landeshauptstadt, und wir appellieren auch an die politisch Verantwortlichen in der Landeshauptstadt, sich ihrer gesamtpolitischen Verantwortung nicht zu entziehen und nicht nur an sich selbst zu denken, sondern an eine Gesamtaufstellung in Baden-Württemberg. Das alles machen wir. Das macht auch die Regierung. Aber handeln muss doch das Management. Die müssen doch Verträge machen. Das können doch nicht wir machen.

Deshalb: Wir sind, was die Richtung angeht, gut unterwegs.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber unbekanntes Ziel!)

Wir brauchen aber eine plausibilisierte Strategie. Wenn diese auf dem Tisch liegt, dann wird diese Regierung und wird diese Koalition auch handeln,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie planen ohne Villis? Habe ich das richtig verstanden?)

und zwar im Interesse des Unternehmens. Denn wir wollen, dass dieses Unternehmen zumindest auf mittlere Sicht ein öffentliches Unternehmen bleibt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir wollen, dass sich die Stadtwerke darauf verlassen können, dass das Land Baden-Württemberg als ein verlässlicher Partner an der Seite der EnBW und an der Seite der Stadtwerke und der Kommunen bleibt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Mit oder ohne Villis?)

– Wie stellen Sie sich eigentlich Unternehmenspolitik vor? Sollen wir hier per Zuruf aushandeln, wer Vorstandsvorsitzender wird?

(Zuruf von der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch irre!)

Das ist doch unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich finde die Art und Weise, wie Sie die Frage „Vorstandsvorsitzender der EnBW“ hier wie in einem Sandkastenspiel ausbreiten, unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben demontiert!)

Das Unternehmen kann froh sein, dass Sie keine operative Verantwortung mehr haben.

(Zuruf von der SPD: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie demontieren!)

Darüber können alle froh sein. Denn die Art und Weise, wie Sie es machen, schadet dem Unternehmen. Wir sorgen dafür, dass es ein gutes Fundament für die Zukunft gibt. Je weniger Sie dabei stören, desto besser ist es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Herr Minister Untersteller.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt wird es konkreter! – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt spricht die Atomaufsicht!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Das stimmt. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen von der Opposition!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Kollegen! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So viel Zeit muss sein!)

– Und Kollegen.

(Minister Franz Untersteller)

Ich bin nun schon ein paar Jahre im landespolitischen Geschäft unterwegs, aber, Herr Kollege Rülke und Herr Kollege Nemeth, ich meine, das, was Sie heute Morgen geboten haben, haut dem Fass wirklich den Boden aus.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Jetzt warten wir einmal auf Ihre Performance! Frau Sitzmann hat gesagt, das war stark!)

Ich werde gleich einmal darlegen, warum und wieso.

Fangen wir einmal mit der Beantragung dieser Aktuellen Debatte durch Ihre Fraktion, Herr Kollege Rülke, an. Auf Antrag einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, das freie und private Unternehmertum besonders hochzuhalten, spricht der FDP, sollen wir heute über ein Unternehmen sprechen, das von Ihnen, Herr Rülke, vor gerade einem Dreivierteljahr mit verstaatlicht wurde. Das ist die Ausgangssituation.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wollen Sie nicht über das Unternehmen reden?)

Nicht, dass Sie mich falsch verstehen; ich habe nichts gegen die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben damals am lautesten gejubelt!)

Aber Sie müssen doch zugeben: Eine gewisse Ironie hat es schon, wenn sozusagen die Enkel von Otto Graf Lambsdorff hier im Haus

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Urenkel!)

erst einmal ein Unternehmen verstaatlichen und dann auch noch hier im Parlament über den Kurs dieses Unternehmens diskutieren wollen, angefangen bei der Frage der Strategie über die Frage der Kapitalerhöhung

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bis zum Vorstandsvorsitzenden!)

bis hin zu der Frage, wer Vorstandsvorsitzender sein soll und wer nicht. Das ist schon ein Hammer.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Nemeth, jetzt kann man schnell einmal auf eine Sitzung von Kreisräten in Oberschwaben verweisen und sagen: „In zwei Stunden werdet ihr das doch auch hinbekommen.“ Ich will Ihnen eines sagen: Wir tragen Verantwortung für die Steuereinnahmen und für den Umgang mit den Steuergeldern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kreisräte tragen auch Verantwortung! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Landtag trägt Verantwortung! Deswegen dürfen wir diese Fragen stellen!)

Wir tragen Verantwortung für den Umgang mit den Steuergeldern von mehr als zehn Millionen Baden-Württembergern und Baden-Württembergern. Bevor wir einen solchen Schritt machen, überlegen wir uns sehr genau: Ist die Strategie die richtige? Sind die Voraussetzungen gegeben?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann muss man auch überlegen, ob die Strategie des Wartens die richtige ist!)

Dann entscheiden wir und nicht vorher. Einen solchen Schnellschuss gibt es mit uns nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Rülke, man sollte glauben, dass sich die FDP, eine marktliberale Partei, im Aktienrecht ein bisschen auskennt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das habe ich noch nie geglaubt!)

Darin steht sinngemäß, dass die strategische Ausrichtung eines Unternehmens im Vorstand erarbeitet, mit dem Aufsichtsrat diskutiert und von diesem genehmigt wird. Es steht meines Wissens nichts darüber drin – ich habe jedenfalls nichts gefunden –, dass auch im Parlament darüber diskutiert wird, geschweige denn, dass man im Parlament auch noch über Personalfragen eines solchen Unternehmens diskutiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Ihre Politik des Gehörtwerdens! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich kann mich über das, was Sie da treiben – jetzt von uns zu verlangen, hier auf offenem Feld Dinge zu diskutieren, die nicht in die Öffentlichkeit gehören –, nur wundern. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Erst verstaatlichen Sie das Unternehmen, werden nicht zuletzt wegen dieses Deals abgewählt – zu Recht, wie ich finde –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn Sie so weitermachen, machen Sie es auch nicht lange!)

und dann wollen Sie, dass wir als Nachfolgeregierung über diese Punkte – Personal, Strategie, Kapitalerhöhung – im Parlament öffentlich diskutieren. Das hat schon etwas, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommen Sie auch irgendwann einmal zur Sache? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich habe viel für möglich gehalten, aber dies nun wirklich nicht.

Ich will an dieser Stelle ein Zitat anführen, auf das ich bei der Vorbereitung dieser Rede gestoßen bin:

Das Land Baden-Württemberg will sich auch als neuer EnBW-Hauptaktionär nicht in das operative Geschäft des Stromkonzerns einmischen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber in das strategische!)

– Herr Kollege Rülke, das Zitat geht mit einer Aussage von Hans-Peter Villis weiter:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich weiß, von wem es ist!)

„Die Politik setzt den Rahmen und macht nicht Ergebnisse hier bei der EnBW.“

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

(Minister Franz Untersteller)

Dieses Zitat stammt, wie Sie zu Recht vermuten, aus einer Pressemitteilung des Staatsministeriums vom 7. Dezember 2010. Das war einen Tag nach dem Tag, an dem der frühere Ministerpräsident den Deal vollzogen hat.

Ich kann hier nur sagen: In diesem einen Punkt stimme ich dem früheren Ministerpräsidenten voll und ganz zu und kann Ihnen nur empfehlen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur wissen Sie halt nicht, was operatives Geschäft ist!)

nochmals in sich zu gehen und sich zu überlegen, ob Ihre damalige Position nicht doch ein bisschen klüger war als das Brimborium, das Sie heute Morgen in dieser Aktuellen Debatte, die Sie beantragt haben, veranstalten.

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen machen:

Erstens: Über den mit dem Erwerb der EnBW-Anteile untrennbar verbundenen Verfassungsbruch brauche ich in diesem Hohen Haus heute nicht mehr zu sprechen. Darüber wurde bereits diskutiert. Ich erspare es Ihnen, noch einmal darauf einzugehen. Ich denke, auch in der Öffentlichkeit ist ausreichend deutlich geworden, was von diesem Vorgang zu halten ist.

Zweitens: Die Landesregierung untersucht die Transaktion des Aktienerwerbs und wird prüfen, ob und, wenn ja, gegen welche Beteiligte sie Ansprüche geltend machen kann. Hierüber werden wir dem Parlament zu einem gegebenen Zeitpunkt auch berichten.

Meine Damen und Herren, werfen wir einen Blick auf die aktuelle Ausgangssituation. Das Land und die OEW sind mit einem Anteil von jeweils knapp 47 % die entscheidenden Aktionäre der EnBW und tragen deshalb ohne Wenn und Aber – um auch dies deutlich zu sagen – Mitverantwortung für dieses Unternehmen und damit auch für die dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also wird man auch im Landtag darüber diskutieren dürfen!)

Damit nicht genug: Auch für die Sicherheit der Energieversorgung in Baden-Württemberg und für die Gestaltung der Energiewende tragen wir Verantwortung. Die Landesregierung wird die Energiewende entlang des energiepolitischen Zieldreiecks Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit in den kommenden Jahren aktiv mitgestalten. Daran werden wir – da können Sie sicher sein – keinen Zweifel lassen. Die Landesregierung bekennt sich zugleich zu ihrer Verantwortung als Anteilseigner für die Zukunft des Unternehmens selbst. Wir werden das fiskal- wie auch das energiepolitisch Verantwortliche dazu tun, die EnBW als zentralen und profitablen Akteur der Energiewende zu positionieren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich bin der festen Überzeugung, dass es gelingen kann, die EnBW auf einen neuen Kurs zu führen, der ihre wirtschaftliche Stärke wiederherstellt. Wir hoffen auch, mittelfristig, zumindest aber langfristig, die erheblichen finanziellen Einbußen, die das Land durch den von Ihnen zu verantwortenden Kauf hinnehmen muss, zurückführen, zumindest aber minimieren zu können.

Die Gewissheit hierüber basiert nicht zuletzt auf zwei Punkten: erstens auf dem enormen energiewirtschaftlichen Know-how, das es in der EnBW und bei deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zweifelsohne gibt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Okay! Das ist schon einmal gut!)

und zweitens auf der Motivation und dem Gestaltungswillen einer wachen Arbeitnehmerseite, die ich einlade und bitte, sich gemeinsam mit uns und den OEW den völlig veränderten Marktbedingungen zu stellen.

Diese Gewissheit basiert zudem auch auf der Überzeugung, dass es in schwierigen Zeiten, wie sie gegenwärtig bestehen, für ein Unternehmen wie die EnBW gut ist, mit den OEW und der Landesregierung zwei starke, faire und berechenbare Partner an der Seite zu haben. Wenn diese beiden Begleiter in engem Schulterschluss agieren – nach meiner festen Überzeugung muss dies auch für die grundsätzlichen Weichenstellungen bei der unternehmerischen Strategie gelten –, kann dies unserer gemeinsamen Sache, nämlich der Sache des Landes, nur dienlich sein.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zum EnBW-Deal vom Dezember 2010. Ich habe in diesen Wochen seitens der Opposition und so manchen Vertreters der früheren Landesregierung gehört: „Das Jahr 2011 kann man doch nicht mit 2010 vergleichen – u. a. wegen Fukushima und den Folgen. Damals war das ganz anders. Das war alles noch im Lichte der Laufzeitverlängerung. Daher ist das alles nicht vergleichbar.“

Durchaus einverstanden: Der Atomausstieg war eine Zäsur. Das kann man wirklich nicht wegdiskutieren. Aber eine Investmentbank namens Morgan Stanley – in diesem Haus zwischenzeitlich recht gut bekannt – hat in einem sogenannten Analystenbrief mit Datum vom 8. September 2010 die Chancen und Risiken des Energiemarkts in Deutschland und auch der EnBW analysiert. Ich zitiere einmal die Überschrift. In diesem Analystenbrief heißt es wie folgt, zunächst in Englisch:

German utilities: fundamentally weak, policy risks not priced in, stay cautious.

Auf gut Deutsch: „Deutsche Versorger: fundamental schwach, Politikrisiken sind nicht eingepreist, bleiben Sie vorsichtig.“ Wie gesagt, das war am 8. September 2010.

Ich überlasse es jetzt Ihrer Interpretation bzw. aufseiten der Opposition Ihrem Erinnerungsvermögen, sich zu überlegen, warum die Regierung Mappus ausgerechnet mit dieser Investmentbank gerade einmal drei Monate später auf die Idee kam, bei der EnBW einzusteigen – und nicht nur das, sondern dafür auch noch einen Preis hinzulegen, der um 18 % über dem damaligen Börsenkurs lag und über den die EDF heute sagt – das wurde vorhin schon erwähnt –: Das Angebot war einfach zu attraktiv, um es auszuschlagen.

Wenn man dann noch weiß, dass der Aktienkurs der EnBW zu diesem Zeitpunkt schon kein echter Kurs mehr war – warum? es wurden nur 2 % der Aktien an der Börse gehandelt –,

(Zuruf von der CDU: Das war immer so!)

(Minister Franz Untersteller)

und wenn man sich dann zum Vergleich anschaut, wie der Kursverlauf z. B. der Aktien der RWE und von E.ON war, dann stellt man fest: Es gab im letzten Jahr zwei große Verlierer im DAX, nämlich die großen deutschen Energieversorgungsunternehmen. Dafür gibt es ganz nüchterne Gründe. Man muss wissen, wie sich der Markt im letzten Jahr verändert hat, wie die Margen an den Börsen waren, wohin diese Margen geflossen sind, wie sich die Kernbrennstoffsteuer, der Emissionshandel und all diese Dinge ausgewirkt haben. Das alles haben Sie schlicht und ergreifend ignoriert. So kamen Sie zu einem Preis, der um 18 % über einem aus meiner Sicht schon damals nicht mehr echten Börsenkurs lag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum haben Sie dann so gejubelt?)

Genau diese Bank empfahl in ihrem Bericht zuerst, einen Abschlag auf den Aktienkurs vorzunehmen. Ohne all diese Analyseergebnisse zu berücksichtigen oder zumindest einmal darauf hinzuweisen, empfahl diese Investmentbank, wie bereits eben von mir erwähnt, drei Monate später einen Preis von 41,50 €.

Kommen Sie mir jetzt bitte nicht und sagen: „Das war die Bank.“ Sie hatten die Verantwortung für das, was damals gemacht wurde, und nicht die Bank. Sie hätten das auch ignorieren und sagen können: „Nein, wir machen das nicht. Die Risiken sind uns zu hoch.“ Sie tragen die Verantwortung für diesen Deal, der damals gemacht wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen also: Die ganzen Probleme in diesem Zusammenhang sind nicht neu.

Einen weiteren Blick zurück, Herr Kollege Rülke, kann ich Ihnen auch nicht ersparen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Blicken Sie nach vorn!)

Schon in einer Bewertung aus baden-württembergischen Investmentbankerkreisen vom 1. Dezember 2010, also eine Woche vor dem Nikolaustag mit seiner besonderen Bescherung, wie wir sie im letzten Jahr erlebt haben, ist von einem deutlichen Anpassungsbedarf der Geschäftspolitik der EnBW die Rede. Die EnBW-Aktie notierte damals bei 36 €, und die Prognose für ein kurz- und mittelfristiges Ziel wurde von 40,50 € auf 37 € gesenkt. Dabei wurde aber davon ausgegangen, dass Effizienzsteigerungsmaßnahmen in Höhe von 400 Millionen € zu tätigen seien.

Damit nicht genug: Aus der Sicht der Bank am 1. Dezember – wir reden also nicht von damaligen Planungen der EnBW – wurde des Weiteren unterstellt, dass das Investmentbudget um 1,5 Milliarden € gekürzt und die angestrebten Verkäufe von Beteiligungen in Höhe von 2,8 Milliarden € realisiert werden können.

Dabei berücksichtigten die Investmentbanker bereits das Ergebnis aus dem sogenannten Kernenergiekompromiss – ich nenne das immer Laufzeitverlängerung –, mit anderen Worten: die Brennelementesteuer, die seit 2011 erhoben wird. Sie berücksichtigten auch den Kostenschub, der aus einer Vollauktionierung der CO₂-Emissionszertifikate resultiert. Das

werden wir ab 2013 erleben. Die Emissionszertifikate werden nochmals eine zusätzliche Kostenbelastung für die Energieversorgungswirtschaft in Deutschland bedeuten.

Als Wettbewerbsvorteil der EnBW wurde die niedrige CO₂-Intensität der EnBW betrachtet. Andernfalls, so die Banker, wäre eigentlich eine Verkaufsempfehlung erfolgt. So hat man sich auf ein Halten der Aktien zum 1. Dezember 2010 verständigt. Da stand aber nichts zum Kurspotenzial dabei oder davon, dass man beim Preis locker 18 % hinzugeben könne.

Ich empfehle Ihnen, dort einen Blick hineinzuworfen. Sie werden sehen: Die Welt war schon zu diesem Zeitpunkt eine andere als die, die Sie sich damals ausgemalt hatten. Bereits vor den fürchterlichen Ereignissen in Fukushima und vor der Verabschiedung des Kernkraftmoratoriums ist die EnBW in Bankerkreisen keinesfalls als Schnäppchen eingestuft gewesen, und schon gar nicht mit dem von Ihnen dann gezahlten Preis.

Natürlich ist ganz klar, dass das Moratorium und der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie die EnBW mit einem Kernenergieanteil von über 50 % vor besondere Herausforderungen stellt. Das kann man wirklich nicht in Abrede stellen. Nichtsdestotrotz resultiert das, was wir im ersten Halbjahr dieses Jahres vom Vorstand der EnBW präsentiert bekommen haben, natürlich auch nicht allein aus dem beschleunigten Ausstieg.

Ich empfehle Ihnen, einen Blick in den Halbjahresabschluss zu werfen. Dann werden Sie feststellen, dass der darin dargestellte Verlust seine Wurzeln vielleicht zu höchstens 50 % in den Ereignissen hat, die wir in diesem Jahr erlebt haben. Ein guter Teil dieses Minus geht aber auf Ereignisse vor dem Dezember 2010 zurück. Das wurde vorhin schon vom Kollegen Schmiedel angesprochen, Stichworte EWE, VNG und manche andere Beteiligung.

Ich empfehle Ihnen also, einmal einen Blick in den Halbjahresbericht der Vorstandsvorsitzenden zu werfen. Darin steht auch noch manches andere. Man muss es nur lesen, dann stellt man fest: Der Ausstieg aus der Atomenergie war ein Punkt.

Im Übrigen – Kollegin Sitzmann hat darauf hingewiesen – wusste man bereits im Jahr 2002, dass 2010 das Kernkraftwerk Neckarwestheim I vom Netz geht und 2012 Philippsburg 1. Daher kann man den Ausfall, den wir durch die Stilllegung der beiden Anlagen erlebt haben, als Minus verbuchen. Aber die Rückstellungen für die Stilllegung dieser beiden Anlagen hätte man eigentlich, wenn wir einmal ehrlich sind, in all den Jahren seit 2002 aufführen müssen. Denn niemand konnte wissen, dass es Menschen gibt, die auf die aus meiner Sicht verrückte Idee kommen, im September letzten Jahres in Deutschland eine Laufzeitverlängerung durchzuboxen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Rückstellungen sind doch da! Das ist doch nicht das Thema!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir, die Landesregierung, müssen und werden aus haushaltspolitischer ebenso wie aus energiepolitischer Sicht aus dieser Situation, in die Sie uns in Baden-Württemberg letztlich gebracht haben, das Beste machen – wohlgerne aus haushalts- und energiepolitischer Sicht, nichts anderes.

(Minister Franz Untersteller)

Wir reden aber nun hier und heute auf Antrag der FDP/DVP über das Thema „EnBW fit für die Zukunft machen“. Das betrifft nicht die energiepolitische Sicht, sondern die unternehmerische Sicht, Herr Kollege Rülke. Diese Debatte hat im Landtag nichts zu suchen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das könnte Ihnen so passen! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Da wundert mich Ihr Thema für diese Aktuelle Debatte schon. Die Debatte darüber hat im Vorstand und im Aufsichtsrat der EnBW und nicht im Landtag stattzufinden. Hier ist selbstverständlich zunächst die Geschäftsleitung, der geschäftsleitende Vorstand der EnBW und nicht der Landtag gefragt. Bei dieser Frage reden wir über deren Kerngeschäft und deren unternehmerische Verantwortung. Diese Begrifflichkeiten, Herr Kollege Rülke, sollten Ihnen und Ihren lieben Kollegen von der FDP/DVP – davon bin ich bislang ausgegangen – eigentlich nicht ganz unbekannt sein.

Die EnBW steht vor der Herausforderung, erfolgreiche unternehmerische Strategien entlang des grundlegenden umfassenden Umbaus der Energieversorgung zu entwickeln. Hier ist unternehmerische Weitsicht gefordert. Dies alles sind natürlich schwierige Aufgaben für den Vorstand, aber auch für die Gesellschafter, die derzeit Debatten über eine Kapitalerhöhung führen. Aber ich glaube, man kann hier durchaus festhalten, dass diese Debatten über eine Kapitalerhöhung in erster Linie vom Vorstand geführt werden.

Wie Sie der Presse entnehmen können – der Finanzminister, Kollege Schmid, hat das, wie ich finde, sehr schön formuliert –, möchten wir nicht den Fehler begehen, den Sie im letzten Jahr begangen haben, nämlich hier überstürzt Entscheidungen zu treffen, die wir hinterher dann wirklich schwer bereuen würden.

Die Reihenfolge, Herr Kollege Rülke, ist doch relativ einfach. Das Land als Anteilseigner hat den Vorstand aufgefordert, dem Aufsichtsrat eine tragfähige und zukunftsfähige Unternehmensstrategie vorzulegen. Auf diese Strategie wartet man im Aufsichtsrat meines Wissens – ich bin ja kein Mitglied, aber nach dem, was ich weiß, ist das auf jeden Fall so – noch heute. Diese Strategie wird dann im Aufsichtsrat und nicht hier im Parlament debattiert – nicht dass Sie auf die Idee kommen, die Politik des Gehörtwerdens bedeute, dass die Strategie anschließend hier im Parlament diskutiert wird. Noch einmal: Wir diskutieren diese im Aufsichtsrat und nicht hier im Plenum.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber über eine Kapitalerhöhung müssen wir schon im Parlament diskutieren!)

Dann stellen wir uns die Frage, ob wir diese Strategie mit einer Kapitalerhöhung unterstützen können, wollen und müssen. Das ist die richtige Reihenfolge, der wir uns unterwerfen, und nichts anderes.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darüber darf man dann hier auch reden!)

Alles andere, Herr Kollege Rülke, wäre aus meiner Sicht unvernünftig; es wäre kurzsichtig, und wir würden es letztend-

lich hinterher bereuen. Kurzum: Es wäre so, wie Sie im letzten Jahr vorgegangen sind. Diesen Fehler – das kann ich Ihnen wirklich versprechen – werden wir auf keinen Fall machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben, um unsere Ziele so kostengünstig wie möglich zu erreichen, letztendlich nur einen Schuss, und dieser, Herr Kollege Rülke, muss sitzen. Wir können nicht hingehen und sagen: „Jetzt machen wir einmal eine Kapitalerhöhung.“ Dann stellt man vielleicht im nächsten Jahr fest, dass sie nicht reicht, und muss noch einmal ran. Wir haben e i n e n Schuss, um das Unternehmen zukunftsfähig zu machen.

Das Rating zu halten ist sicherlich nicht ganz unwichtig – um das klar und deutlich zu sagen. Aber selbst wenn aufgrund dessen, dass wir uns in diesem Prozess nicht drängen lassen, die Finanzierungskosten – so sage ich einmal – für ein paar Monate ansteigen sollten,

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

ist es meines Erachtens trotzdem auf Dauer mittel- und langfristig für die Steuerzahler in Baden-Württemberg günstiger und letztendlich auch für das Unternehmen besser, dass wir uns die Zeit nehmen, über die strategische Ausrichtung des Unternehmens wirklich detailliert zu diskutieren, uns eine genaue Analyse geben zu lassen und dann zu entscheiden, als hektisch, überstürzt und nicht ausreichend oder gar falsch zu reagieren.

Was sind die aktuellen Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang einer Beantwortung bedürfen? Lassen Sie mich aus einem aus meiner Sicht umfangreichen Anforderungskatalog einmal vier wichtige Punkte in den Fokus nehmen.

Erstens: Der Vorstand muss den Anteilseignern die Frage beantworten, wie er mit den abgeschalteten und den noch abzuschaltenden Atomkraftwerken intern im Unternehmen umzugehen gedenkt und umgehen will.

Zweitens: Der Vorstand muss den Anteilseignern auch die Frage beantworten, wie die EnBW in Zukunft die Zusammenarbeit mit Stadtwerken gestalten kann und will – unternehmerisch erfolgreich und über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg.

Drittens: Der Vorstand muss den Anteilseignern des Weiteren die Frage beantworten, wie das Unternehmen glaubwürdig, nachhaltig und zukunftsfähig auf den Kurs der erneuerbaren Energien gesteuert werden kann. Ein Maßstab ist hier auch das Ziel – das will ich auch einmal deutlich sagen –, das die Landesregierung bis zum Jahr 2020 für die erneuerbaren Energien ausgegeben hat, nämlich bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 35 % plus x zu erreichen.

Und schließlich – viertens – muss der Vorstand den Anteilseignern vor dem Hintergrund seiner Strategien auch die Frage beantworten, mit welchen Gewinnausschüttungen sie in den kommenden Jahren rechnen können. Denn wir müssen beurteilen können, ob diese Gewinnausschüttungen die enormen Zinslasten, die Sie uns aus der Kaufpreisfinanzierung hinterlassen haben, decken können und ob eine Kapitalerhöhung ein sinnvolles Geschäft für unser Land ist.

(Minister Franz Untersteller)

Diese Fragen harren noch der Antwort. Wenn wir die Antwort haben, werden wir sie prüfen und dann über den nächsten Schritt entscheiden, aber nicht vorher.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: In einer zweiten Runde hat zunächst Herr Abg. Glück für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Untersteller, wenn „Politik des Gehörtwerdens“ bedeuten soll, dass man lange Reden hält, dann haben Sie das Ziel bereits erreicht.

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP und Konrad Epple CDU – Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Frau Sitzmann, man regiert nicht mit dem Blick nach hinten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das möchtet ihr am liebsten schnell vertuschen!)

Man regiert auch nicht, indem man das eigene Unternehmen schlechtredet. Für das, was Sie gerade gegenüber dem eigenen Unternehmen EnBW geboten haben, habe ich nur absolutes Unverständnis übrig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Schmiedel, Ihnen möchte ich zugutehalten, dass Sie zumindest emotional an die Sache herangegangen sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie immer!)

Sie waren so emotional, dass ich mir als Mediziner schon ein bisschen Sorgen gemacht habe.

(Heiterkeit)

Es ist ja alles recht und gut, was Sie gesagt haben. Trotzdem denke ich: Wenn wir uns das Unternehmen anschauen, sollten wir weniger emotional herangehen. Ich glaube, das würde der Diskussion nur guttun.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen schon wieder – ich habe das auch zum Windatlas gesagt; das gilt auch dieses Mal – ein Werkzeug vererbt. Deswegen, Herr Untersteller, halte ich es für absolut richtig, dass man darüber spricht. Man muss nicht über das operative Geschäft eines Unternehmens reden. Aber man kann sehr wohl über ein Werkzeug reden, das wir zum Erreichen des großen Ziels Energiewende nutzen können und nutzen müssen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Warum haben Sie es dann vorher verkauft?)

– Warum machen Sie es denn jetzt nicht? Sie wollen nicht einmal, dass wir im Parlament darüber reden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben es doch vorher verkauft!)

– Herr Winkler, wir reden nachher einmal darüber. Das ist alles in Ordnung.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben mit der EnBW ein Unternehmen, das innovativ ist. Wir haben ein Unternehmen, das in Kooperation mit den Stadtwerken ein riesengroßes Projekt wie z. B. Baltic 1 auf den Weg gebracht hat. Wir haben ein Unternehmen, bei dem der Netzausbau eine ganz große Rolle spielt. Es ist mittlerweile Fakt, es ist nachgewiesen: Der begrenzende Faktor bei den erneuerbaren Energien – das wird hoffentlich niemand bestreiten – ist der Stand des Netzausbaus. Die Übertragungsnetze müssen den Strom von den großen Offshorewindparks hierhertransportieren. Bei den Verteilernetzen besteht schon jetzt das Problem, dass an lastschwachen Tagen große, aus Wind- und Sonnenenergie gewonnene Strommengen eingespeist werden und eigentlich ein Rückfluss in die Mittelspannungsnetze stattfindet.

Auch bei der E-Mobilität kommt den lokalen Verteilernetzen eine ganz große Bedeutung zu. Jeder Anwohner einer Straße möchte innerhalb von zwei Stunden sein Auto aufgeladen haben.

Da sind sehr große Herausforderungen zu meistern. In diesen Bereichen spielt die EnBW eine ganz zentrale Rolle. Ich würde sogar so weit gehen, dass ich sage: Wir in Baden-Württemberg brauchen die EnBW, um die Energiewende schaffen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wenn wir uns diesen Konzern einmal anschauen, müssen wir als Erstes feststellen: Mit den Kernkraftwerken ist das erste Standbein weggebrochen. Mit der Rekommunalisierung der Stromnetze, die Sie emotional forcieren, bringen Sie das zweite Standbein zum Wackeln.

Jetzt sagen Sie, dieses Unternehmen, das gerade an zwei Fronten wirklich schwer zu kämpfen hat, solle das zukunftssträchtige Unternehmen sein, das Sie in die Zukunft schicken wollen. Da stelle ich schon die Frage: Wie wollen Sie das eigentlich machen? Wir haben ein schwer gebeuteltes Unternehmen, das Sie aber brauchen, um die Energiewende schaffen zu können.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Ich habe dazu gleich einen Vorschlag. Der von uns, der FDP/DVP, favorisierte Vorschlag ist: Stimmen Sie einem Aktienverkauf an Gemeinden, Stadtwerke oder regionale Energieerzeuger, von mir aus auch an Privatpersonen, zu.

Nicht ganz unser Favorit, aber eine Möglichkeit wäre – Herr Kollege Nemeth hat es vorhin angesprochen –: Machen Sie doch bei der Kapitalerhöhung mit. Das ist ja möglich. Ich muss aber dazusagen: Das wird von uns nicht favorisiert. Aber sagen Sie uns doch, was Sie vorhaben. Oder wollen Sie etwa zuschauen und nichts tun, so wie jetzt? Das würde die EnBW schwächen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Ahnung!)

und die Energiewende wäre durch Sie gefährdet.

(Andreas Glück)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ich möchte meine Rede so beenden, wie ich sie begonnen habe: Man regiert nicht mit dem Blick nach hinten und mit dem Schlechttreden des eigenen Unternehmens.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Zwei Punkte, die mir am Herzen liegen, weil sie mir aufgefallen sind: Wir haben eine Debatte über die EnBW, die gestern offensichtlich eine Sondersitzung zur künftigen Strategie durchgeführt hat – es stand in der Zeitung –, und die Landesregierung entsendet Herrn Untersteller als Redner, während bei Herrn Schmid und Frau Krebs, die für die Strategie der Landesregierung zuständig sind, Fehlanzeigen zu vermelden ist. Nein, die Landesregierung schickt den Energieminister, Herrn Untersteller, und dieser spricht dann über alles, nur nicht über Energie, nur nicht darüber, wie man die EnBW konstruktiv in die Energiewende einbringt, was eigentlich das Ziel des gesamten Parlaments war.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Ich habe leider keine Redezeit mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf: Das ist gut!)

Meine Damen und Herren, ich muss Ihnen sagen: Die Zeiten der alten Feindbilder sind vorbei. Sie schlagen auf Felder aus der Vergangenheit ein, auf denen wir schon seit Langem nicht mehr stehen. Registrieren Sie das doch bitte einmal.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir wollen, um die Energiewende zu organisieren, die Kapitalerhöhung mittragen, denn das schafft bei der EnBW, der Mitarbeiterschaft und auf dem Kapitalmarkt das Vertrauen in das Unternehmen, das dieses benötigt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat Ihnen doch Herr Untersteller erklärt, mit Engelsgeduld!)

Sie blockieren das, Herr Sckerl. Das ist nicht in Ordnung; denn Sie von der Regierungskoalition haben jetzt die Verantwortung für das Unternehmen. Bitte nehmen Sie sie auch wahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE hat Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt alles ausführlich erklärt worden.

(Zuruf von der CDU: Aber noch nicht von jedem!)

Kollege Schmiedel hat die Fakten dargelegt, Minister Untersteller hat sie Ihnen dargelegt, ich habe Ihnen einiges dargelegt. Jetzt fangen Sie wieder von vorn an. Sie hätten einfach einmal zuhören sollen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben ja gar nichts gesagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben eine Rückschau gehalten! – Abg. Paul Nemeth CDU: Lesen Sie das Protokoll! – Abg. Peter Hauk CDU: Was wollen Sie denn machen?)

dann wäre Ihnen klar gewesen, dass sich diese Landesregierung mit Unterstützung der Regierungsfractionen intensiv mit der Frage der Energiewende beschäftigt. Wir werden die Energiewende in Baden-Württemberg voranbringen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das geht nur mit der EnBW und nicht ohne sie!)

Die Zukunft der Energieversorgung ist dezentral, die Energie der Zukunft ist erneuerbar. Die Chance, die die Energiewende bietet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Mit der EnBW! Sagen Sie es doch endlich!)

ist auch eine große Chance für die EnBW.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gestalten Sie doch endlich!)

Wenn die EnBW diese Chance nutzt, hat sie eine gute Perspektive als Unternehmen, und ihre Beschäftigten haben dies auch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

So einfach ist das.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die EnBW ist schon lange unterwegs!)

Ich will jetzt gar nicht auf die Widersprüche, in die Sie sich gerade verwickelt haben, eingehen. Sie sagen, das Unternehmen werde schlechtgeredet. Andererseits sagen Sie selbst, es sei schwer gebeutelt. Die Fakten liegen auf dem Tisch; wir haben sie Ihnen dargestellt.

Klar ist: Wir werden die Energiewende in Baden-Württemberg voranbringen. Wir haben klare Ziele,

(Zuruf: Welche? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die EnBW ist schon lange in die Energiewende eingestiegen! Schon seit vielen Jahren!)

und wir wollen sie auch mit der EnBW umsetzen.

Die entscheidende Frage ist: Wie kann das gehen? Herr Kollege Rülke, Sie haben die kommunalen Energieversorger, die Stadtwerke, angesprochen. Wir können uns eine gute und faire Partnerschaft auf Augenhöhe vorstellen. Das würde die Energiewende voranbringen, und das könnte dazu führen, dass sich alle Beteiligten gut aufstellen. Auch wir sind an einer Partnerschaft mit den Stadtwerken, mit den regionalen Energieversorgern interessiert. Es wäre ein guter Weg, wenn sich die EnBW bzw. die EnBW Regional öffnen. Es muss gewähr-

(Edith Sitzmann)

leistet sein, dass es wirklich eine faire Partnerschaft ist, von der alle gleichermaßen profitieren können.

Die Energiewende ist ein Projekt, bei dem wir die gesamte Bürgergesellschaft brauchen, bei dem wir alle mitnehmen müssen. Sie wissen: Seit dem Regierungswechsel, seitdem Grüne und SPD an der Regierung sind und die Energiewende und die entsprechenden Gesetze auf den Weg bringen, haben sich vielerorts Bürgergenossenschaften und Bürgerinitiativen für die Energiewende gegründet. Sie wollen mit uns gemeinsam etwas voranbringen. Da kann die EnBW ein guter und wichtiger Partner sein.

Letztendlich ist klar: Die Energiewende ist nicht nur eine technische Frage, sondern sie ist auch eine kulturelle Frage. Es geht darum, dezentral zu agieren, es geht darum, die kommunalen Energieversorger mitzunehmen, und es geht darum, die Bürgerschaft mitzunehmen. Vielleicht kommen wir da ja gemeinsam auf einen guten Weg.

Zum Schluss möchte ich noch auf Manfred Rommel verweisen.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Klaut doch nicht immer alles von uns!)

Er hat bekanntlich gesagt: „Es gibt keine schwarze, grüne, rote oder gelbe Kommunalpolitik, sondern nur gute oder schlechte Kommunalpolitik.“ Das gilt entsprechend auch für die Energiepolitik. Wir machen eine gute Energiepolitik –

(Abg. Paul Nemeth CDU: Fangen Sie mal an! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da ist die EnBW viel weiter als Sie!)

gern mit Ihnen zusammen. Dazu laden wir Sie herzlich ein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EnBW ist ein öffentliches Unternehmen. Aber deshalb machen wir doch keine Staatswirtschaft.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das hat Herr Untersteller gesagt!)

Offenbar war Ihre Erwartung, Herr Minister Schmid oder Frau Ministerin Krebs würden sich nun hier vorn hinstellen und fröhlich das ausplaudern, worüber gestern im Aufsichtsrat gesprochen wurde. Ja, wo sind wir denn eigentlich?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Nein, um Ihre Strategie geht es! Die fehlt!)

Worüber wir zu reden haben, ist das Thema Energiepolitik. Das haben wir getan. Worüber wir auch zu reden haben, ist der Beitrag, den die EnBW dabei leisten kann, leisten soll und leisten muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Jetzt sind wir am Punkt!)

Jetzt haben Sie munter eingeworfen: „Verkaufen Sie doch Aktien an die Stadtwerke!“ Haben Sie schon mal ein Stadtwerk anklopfen hören?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für diesen Preis kauft kein Mensch! – Abg. Paul Nemeth CDU: Das ist bekannt! Das ist der Vorschlag des Ministerpräsidenten! Vor einer Woche! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Sitzmann hat es gerade bestätigt! – Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung, das ist doch Ihr Vorschlag!)

Es gibt kein Stadtwerk, das Aktien von der EnBW kaufen will.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum schlägt der Ministerpräsident das dann vor?)

Es gibt ein Interesse, sich an einer EnBW zu beteiligen, die sich zumindest von der Atomkraft losgesagt hat. Deshalb muss doch jetzt zunächst einmal die Frage beantwortet werden: In welcher gesellschaftlichen Konfiguration wird die Atomkraft in Baden-Württemberg denn abgewickelt? Das ist die erste Frage, und sie ist meiner Meinung nach noch nicht beantwortet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von euch! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vom Vorstand! – Abg. Paul Nemeth CDU: Haben Sie doch eine „Bad Bank“ gemacht?)

Die zweite Frage: Viele Stadtwerke – –

(Zurufe von der CDU)

– Es täte Ihnen gut, wenn Sie einmal zuhören würden. Denn Ihre Zwischenrufe zeigen: Sie haben überhaupt keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Zweite – das spielt z. B. bei der Stadt Stuttgart eine ganz große Rolle; es ist in öffentlicher Gemeinderatssitzung erörtert worden – ist: Die Städte sagen: „Wir wollen keinen Partner, der noch nicht vollständig auf regenerative Energien umgestellt hat.“ Die EnBW baut aber gerade ein Kohlekraftwerk – mit unserer Unterstützung. Auch da müssen wir also eine Antwort auf die Frage finden: Wie sieht die Formation aus, die so attraktiv ist, dass Stadtwerke sagen: „Da kaufen wir uns ein“ oder: „Da werden wir substanziell Partner“? Diese Frage muss doch beantwortet werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn danach nicht gleich die Lampe blinkt, die das Ende meiner Redezeit anzeigt, ja.

Präsident Guido Wolf: Die blinkt dann nicht.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Kollege Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Kollege Schmiedel, Sie haben gerade gesagt – das ist der Grund für mich, nachzufragen

(Paul Nemeth)

–, dass Sie eine Loslösung der EnBW von der Kernenergie, von den Atomkraftwerken, in Aussicht stellen, damit Stadtwerke sich möglicherweise an der EnBW beteiligen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat er nicht gesagt! – Abg. Ingo Rust SPD: Zuhören!)

Entsprechendes steht auch bereits seit Wochen in den Zeitungen. Wollen Sie damit zum Ausdruck bringen, dass Sie die „Bad Nuclear Bank“ haben wollen,

(Zurufe: Was?)

oder wie darf ich Ihre Aussagen interpretieren?

(Abg. Ingo Rust SPD: Gar nicht!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Also,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also, noch einmal!)

das geht viel weiter, als dies bisher in Ihrem Horizont vorkommt.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Arroganz der Macht! Das merke ich jeden Tag!)

Wenn man sich beim Rückbau der Atomkraftwerke im eigenen Land Kompetenz erarbeitet, warum soll es dann nicht möglich sein – diese Fragen müssen aber Vorstand und Aufsichtsrat beantworten –, sich mit dieser Kompetenz ein zusätzliches neues Geschäftsfeld zu erschließen? Das ist ein hochkomplexer Vorgang.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Keine Ahnung!)

Das sind lauter Unikate. Wenn sich jemand in diesem Bereich Kompetenzen erwirbt, dann hat er doch die Chance, sich mit dieser Kompetenz – als Kernkraft-Rückbaugesellschaft – auf der ganzen Welt neue Geschäftsfelder zu erschließen. Das ist doch gar nicht abwegig. Das hat mit „bad“ überhaupt nichts zu tun. Diese Anlagen müssen zurückgebaut werden. Das ist gar keine Frage; das ist doch jetzt auch völlig unstrittig.

Jetzt haben Sie selbst von der „gebeutelten EnBW“ gesprochen und haben selbst – das gilt auch für Herrn Nemeth – aufgezeigt, wo Probleme bestehen. Diese Probleme müssen behoben werden. Aber – sorry – wir wollen schon wissen, was mit dem Geld gemacht wird, das wir als frisches Geld an das Unternehmen geben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir auch!)

– Sie auch. Aber jetzt erinnern Sie sich doch einmal, wie wir das bei der LBBW gemacht haben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wenn ich diesen Gedanken zu Ende gebracht habe, ja.

Präsident Guido Wolf: Später.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir haben im Finanzausschuss in nicht öffentlicher Sitzung auch Interna der LBBW beraten. Wir hatten in den Fraktionen in nicht öffentlichen Sitzungen die Gutachter, die Berater und konnten diese fragen. Wir haben Antworten bekommen. Aber ich weiß nicht, ob Sie tatsächlich meinen, dass Sie dem Unternehmen etwas Gutes tun, wenn wir dies alles hier auf offenem Markt und unvorbereitet diskutieren. Ganz sicher nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Kollege Röhm, bitte.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Kollege Schmiedel, sind Sie mit mir der Meinung, dass die EnBW die Energiewende längst vollzogen hat? Oder wie würden Sie Baltic 1 und Baltic 2 bzw. vielerlei Teilhabe an Wasserkraftmaßnahmen beurteilen? Man hört immer wieder, man müsse endlich die Energiewende vollziehen. Ist die EnBW hier bereits tätig oder noch nicht? Wie stehen Sie dazu?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Die EnBW hat eine eigene Gesellschaft, die sich mit großem Erfolg dem Thema „Regenerative Energien“ widmet. Es war richtig, diese eigene Gesellschaft nur auf dieses Thema zu konzentrieren, weil sie dann nicht mit anderen Dingen belastet ist. Deshalb sage ich unumwunden: Die machen an dieser Stelle ein gutes Geschäft. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön!)

Aber jetzt so zu tun, als seien sie schon immer in diese Richtung gegangen, ist etwas anderes. Man hat auch von der CDU gehört: „Für uns war schon immer klar, dass es sich bei der Atomkraft um eine Übergangstechnologie handelt, dass man den Ausstieg planen muss.“ Da sollte man sich seine eigene Vergangenheit nicht schönreden.

(Zuruf von der SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir haben von Minister Untersteller gehört, dass es zwei Beschwerden für die EnBW gibt. Zum einen hat sie sich viel zu lange an die Fiktion geklammert, man könne noch bis ins Jahr 2040 und länger in Baden-Württemberg Atomkraft betreiben. Das hatte damals Ihre Unterstützung. Sie waren doch die Antreiber. Sie wollten den Bundesumweltminister in die Wüste schicken,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

weil er gesagt hat, man könne nicht bis 2040 Atomkraft betreiben. Das war der eine Fehler.

Der andere Fehler war aber, dass man strategische Anlagen eingegangen ist, die sich jetzt als sehr brüchig und als eine Riesenbeschwerde erweisen.

Diese Fehler machen wir nicht. Wir wollen vorher genau wissen, wo es langgeht – mit Zahlen unterlegt, Finanztableau,

(Abg. Paul Nemeth CDU: Im Schneckentempo!)

Best Case, Midi Case, Worst Case. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, übrigens auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EnBW, schuldig.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

(Claus Schmiedel)

Also kein Hopplahopp nach dem Motto: Kreisräte machen das in zwei Stunden, dann können wir es als Landtagsabgeordnete doch in einer halben Stunde machen. Dieser Stil von Politik findet in Baden-Württemberg keine Fortsetzung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, Herr Kollege Nemeth! Der Grund, weshalb ich rede und nicht die Kollegin Krebs oder der Kollege Schmid redet

(Zuruf von der CDU: Weil die nichts zu sagen haben?)

– nein, jetzt einmal ernsthaft –, ist der, dass wir uns an das Aktienrecht halten. Die beiden sind Mitglieder des Aufsichtsrats und deshalb zur Vertraulichkeit verpflichtet. Ich meine, es ist doch irgendwie schon eine Ironie der Geschichte, dass uns FDP/DVP und CDU hier mehr oder weniger zu Stamokap-Geschichten treiben wollen,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

indem Mitglieder des Aufsichtsrats hier reden sollen. Wo sind wir denn eigentlich? Das als Erstes.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir schätzen halt Ihre Fähigkeiten realistisch ein! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zweitens: Kapitalerhöhung. Herr Kollege Rülke, Herr Kollege Nemeth, Sie beide waren mit mir in der letzten Legislaturperiode Mitglieder des Wirtschaftsausschusses. Wir waren alle drei auch immer wieder dabei, wenn es darum ging, unternehmerische Angelegenheiten, Bürgschaften usw. zu behandeln. Das erfolgt, wie man weiß, im Wirtschaftsausschuss in großer Sachlichkeit. Dort werden auch Details dieser Unternehmen offengelegt – Details, was unternehmerische Strategie, was Zahlen usw. betrifft. Das Ganze erfolgt unter großer Verschwiegenheit,

(Abg. Ingo Rust SPD: Absolut!)

jedenfalls in der Regel. Das ist auch gut so.

(Zuruf von der SPD: Das geht gar nicht anders!)

Bei dieser Sache ist das doch auch selbstverständlich. Einmal angenommen, wir machten diesen Prozess so, wie ich ihn vorhin vorgestellt habe, und am Ende dieses Prozesses würde stehen, das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung, entschiede sich für einen Beitrag in Richtung Kapitalerhöhung. Dann ist es doch selbstverständlich, dass die Verantwortlichen – in diesem Fall der Finanzminister – in den Finanzausschuss kommen. Dann wird die Tür zugemacht, und die bleibt zu. Im Ausschusssaal wird offengelegt, warum und in welchem Umfang gehandelt werden soll und wie die Situation des Unternehmens ist. Dazu gibt es nicht öffentliche Sitzungen des Finanzausschusses. Das würden Sie doch – wenn Sie einmal

ehrlich sind – nicht anders machen, als dass man das Ganze in vertraulichen Sitzungen im Finanzausschuss behandelt. Das ist nicht zuletzt auch im Sinne des Unternehmens, um ihm nicht zu schaden. Deshalb werden keine Zahlen öffentlich ausbreitet.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie geben doch jeden Tag ein Interview zur EnBW! – Abg. Peter Hauk CDU: Wer redet denn immer wieder dazu? Sie reden doch immer wieder darüber!)

Noch ein Letztes: Herr Kollege Hauk, Sie haben vielleicht der Presse der letzten Tage entnommen – gestern oder vorgestern war es, glaube ich, zu lesen –, dass die Hybridanleihe für die EnBW aufgelegt wurde. Dies ist – jedenfalls nach meinen Informationen – im Aufsichtsrat einvernehmlich beschlossen worden. Ich würde einmal so sagen: Das ist doch auch ein Zeichen des Marktes, dass man Vertrauen in dieses Unternehmen hat. Nehmen Sie es vielleicht auch einmal so: Das ist vielleicht auch ein Zeichen des Marktes, dass man Vertrauen in die beiden Anteilseigner hat – sprich auch in die grün-rote Landesregierung –, jedenfalls mehr Vertrauen, als diese Opposition in uns hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel hat vorhin gesagt, der Zins wäre zu hoch! Herr Kollege Schmiedel, warum klatschen Sie? Sie haben doch vorhin gesagt, der Zins wäre zu hoch! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Herr Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mutet einen schon etwas seltsam an – das muss ich jetzt in Richtung der Kollegin Sitzmann und des Kollegen Schmiedel sagen –, dass hier, wenn es um Strategie und nicht um operative Fragen geht, vonseiten der Grünen und der SPD mehr oder minder ein Diskussionsverbot verhängt werden soll.

(Unruhe bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

– Genau das sagen Sie.

Der entscheidende Punkt ist doch der: Es geht um die Strategie eines Unternehmens. Das ist das eine. Sie bespricht das Unternehmen und besprechen die dortigen Aufsichtsräte. Das ist deren Geschäft.

Die andere Frage ist doch die nach der politischen Strategie, wie wir gemeinsam einen Teil unseres Eigentums – in diesem Fall 47 % der Anteile – für die Energiewende nutzen wollen.

Herr Minister Untersteller, ich habe von Ihnen nur gehört: 35 % Anteil regenerativer Energien im Jahr 2020. Bisher wissen wir: 10 % Windenergie. Die Kollegin Sitzmann hat zwischendurch noch eingeflochten, der Weg führe eigentlich in die dezentrale Energiegewinnung etc. Aber dazu, was Sie sich vorstellen – nicht nur dazu, wie die Energiewende von den politischen Rahmenbedingungen her gestaltet wird –, sagen Sie nichts. Wir möchten auch wissen, wie nach Ihrer Vorstel-

(Peter Hauk)

lung das Unternehmen für die Gestaltung dieser Energiewende mit genutzt werden kann. Darum drehte sich die Frage, und das war vermutlich auch die Motivation, die die FDP/DVP bewegt hat – –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Vermutlich!)

– Vermutlich. Ich weiß es nicht.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Entschuldigung, ich habe die Debatte nicht beantragt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Mir ist es auch nicht klar!)

Darum ging es aber: um die Antwort auf die Frage, wie Sie die Energiewende mit der EnBW und damit gemeinsam in Baden-Württemberg gestalten wollen. Diese Antworten sind Sie uns schuldig geblieben; sie sind offen geblieben. Sie haben nämlich keine Strategie. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Uns ging es zu keinem Zeitpunkt um Fragen nach Interna. Sie haben keine Strategie in dieser Frage. Sie haben keine politischen Strategien. Sie haben eine einzige Antwort, und die heißt: 10 % Windenergie. Wenn ich von 50 % Kernkraftanteil an der Stromproduktion – Stand März – ausgehe, gibt es – wer nicht in der Einheitsschule war, weiß das – ein Delta von 40 %.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Dafür haben Sie schlichtweg keine Strategien. Sie sind im Prinzip auch unfähig, diese Frage zu beantworten.

Von einer Landesregierung, die mittlerweile ein knappes halbes Jahr im Amt ist – auf die Aufsichtsratspositionen gehe ich gar nicht ein –, hätte ich aber erwartet, dass sie nach der Energiewende, die auch nicht gerade erst gestern kam,

(Lachen der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

versucht, Antworten darauf zu geben und – das ist Ihre Verpflichtung – verantwortlich mit der EnBW umzugehen.

(Unruhe bei den Grünen)

Das Letzte, was ich noch sagen will – selbstkritisch –, ist:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zuhören!)

Wir haben aus dem die Verfassung brechenden Verfahren, wie der Staatsgerichtshof bestätigt hat, ein Stück weit auch gelernt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf: Ganz was Neues!)

Wir nehmen uns auch das Recht heraus, wenn der Vorstand der EnBW eine Eigenkapitalerhöhung fordert, wenn ein Teil

der Eigner – 47 % – einer Eigenkapitalerhöhung zustimmt, zumindest über diese Frage auch im Parlament zu diskutieren. Das werden wir uns auch nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Der Redner verlässt das Rednerpult. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Halt, halt! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer – Drucksache 15/497

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/757

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Wald für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Tobias Wald CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Tag, der 26. Oktober 2011, ist für das Land der Häuslebauer, für die jungen Familien, für die Wirtschaft

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

und für die Natur in Baden-Württemberg, Herr Kollege, ein sehr trauriger und düsterer Tag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn Sie so weitermachen, dann wird der Tag nicht besser!)

Schuld daran sind Sie, verehrte Damen und Herren von Grün-Rot. Die unionsgeführte Regierung hat die seit 2006 geltende Steuerautonomie im Land der Häuslebauer und Spitzenunternehmen bewusst nicht genutzt und den Grunderwerbsteuersatz bei 3,5 % belassen. Heute wird die grün-rote Mehrheit des Landtags die Grunderwerbsteuer auf einen Schlag um 40 % erhöhen,

(Oh-Rufe von den Grünen)

und dies ohne Festlegung eines Stichtags.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen von Grün-Rot.

(Tobias Wald)

Noch nie hat es eine Landesregierung oder ein gewähltes Parlament in Baden-Württemberg geschafft, ohne Stichtag und ohne die übliche Anhörung der betroffenen Verbände eine Steuererhöhung durchzusetzen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Verbändeanhörung fand doch statt!)

In Zeiten, in denen der Wohnungsneubau trotz vielerorts drängenden Bedarfs stagniert, brauchen wir positive Impulse und keine dramatischen Steuererhöhungen, die den Wohnungsbau und somit auch die Bauwirtschaft noch mehr bremsen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Während die Landtagsfraktion der Grünen in der Plenardebatte am 13. Oktober die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes als – wörtlich – „Wirtschaftsförderung“ feiert und den Unternehmen in Baden-Württemberg den Gesetzentwurf schmackhaft machen möchte,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Der ist sehr schmackhaft!)

versucht die SPD-Landtagsfraktion, die Steuererhöhung als Instrument der Haushaltssanierung darzustellen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Steuereinnahmen des Landes, meine Damen und Herren, sind in den ersten neun Monaten noch einmal deutlich gestiegen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Von Januar bis September dieses Jahres nahm das Land 19,8 Milliarden € Steuern ein.

(Abg. Walter Heiler SPD: Gute Regierung! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Die Wege hierfür, Herr Kollege, haben die Vorgängerregierung, die gute Wirtschaft und die Bürger gebahnt und nicht Grün-Rot.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das sind, Herr Kollege, 1,9 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Dies entspricht einem Plus von 10,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum – so die neueste Meldung des Statistischen Landesamts.

Wir benötigen zur Haushaltssanierung keine Steuererhöhung, sondern weniger Staatsausgaben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie einmal einen Vorschlag!)

Gern ist die CDU bereit, Ihnen entsprechende Ideen zur Haushaltssanierung vorzulegen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo denn?)

– Herr Schwarz, verteilen Sie keine vollmundigen Wahlgeschenke wie die Abschaffung der Studiengebühren

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich?)

– Sie und Ihre Fraktion –, wenn Sie den Menschen das Geld sofort wieder aus der Tasche ziehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben das doch erhöht!)

Packen Sie stattdessen beispielsweise eine Reform des Länderfinanzausgleichs an, so, wie es die CDU vorschlägt.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist kein Argument! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Herr Drexler, das ist ein sehr gutes Argument, denn eine solche Reform käme allen Baden-Württembergern zugute.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum haben Sie das in den letzten 60 Jahren nicht gemacht? – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Sie waren doch für eine Klage, Herr Drexler! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Ruhe bitten.

(Anhaltende Zu- und Gegenrufe, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hasenfüße! Lauter Hasenfüße!)

– Ich bitte um Gelassenheit. Ich darf Sie noch einmal um Ruhe bitten. Das Wort hat Herr Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Sämtliche Verbände der Bauwirtschaft, die Kammern, den Mieterschutzbund, den Bund der Steuerzahler, aber auch die finanzierenden Banken, Finanzämter, Notariate stoßen Sie mit diesem überhasteten und nicht ausgereiften Gesetzentwurf vor den Kopf.

In den vergangenen Tagen haben sich viele verärgerte, besorgte, verunsicherte Bürger bei den zuständigen Ämtern bezüglich der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes erkundigt. Ignorieren Sie diese Verunsicherung der Menschen, die Ihnen Abzocke vorwerfen?

In Zeiten, in denen die Politik zu mehr persönlicher Eigeninitiative und zur Absicherung im Alter aufruft, sorgen Eigenheimbesitzer mit ihrem Eigenheim für die Zukunft vor. Dies wird durch das Eigenheimrentengesetz, den „Wohn-Riester“, seit 2008 auch finanziell gefördert. Mit der Erhöhung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer wird diese Förderung wieder abgeschöpft; Zulagen gehen verloren.

Dem Land sollte es darum gehen, gerade jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum nicht zu erschweren, sondern auch Möglichkeiten finanzieller Erleichterung zu schaffen.

Für junge Familien mit durchschnittlichem Einkommen wird der Traum vom eigenen Haus oder von der eigenen Wohnung noch weniger erschwinglich als bisher. Bei einem Hauskauf wird viel Eigenleistung erbracht. Jeder freie Euro, jede freie Minute wird von der Familie in das Haus investiert. Ein Lebenstraum wird verwirklicht. Diesen Lebenstraum zerstören Sie für die Familien im Land.

(Tobias Wald)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! So ist es! – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, wenn 5 000 € nichts sind, dann kann man darüber lachen! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

– Herr Kollege Zimmermann, ich möchte nur daran erinnern: Bei einem Kaufpreis von 300 000 € muss der Erwerber nach der Steuererhöhung immerhin 4 500 € mehr an Grunderwerbsteuer zahlen. Das ist viel Geld.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Abg. Alfred Winkler SPD: Ja!)

Als besonders ärgerlich empfinde ich die Behauptung, es bestehe eine Zweckbindung der Mehreinnahmen für die Kinderbetreuung. Dies ist eine Täuschung der Menschen im Land.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Jawohl! – Zuruf: Ärgerlich! – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Diese Steuererhöhung bedeutet lediglich, dass Sie keine politischen Prioritäten setzen können

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

und kein erkennbares Konzept zur Staatsfinanzierung vorweisen können. Vom Sparen wird gesprochen – neue zusätzliche Stellen werden geschaffen, das Geld wird ausgegeben.

Eine wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe ist auch, die Nachfolge in Unternehmen sicherzustellen. Klar ist: Entweder muss der Erwerber die Grunderwerbsteuer tragen, oder der Unternehmensverkäufer muss seine Preisvorstellung reduzieren. Dadurch werden auch Nachfolgeregelungen scheitern. Dies, meine Damen und Herren, kann der grün-rote Sargnagel für erfolgreiche Unternehmen im Land sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Auch von der CDU als größter Fraktion in diesem Landtag kann die Steuererhöhung nicht verhindert werden. Wir appellieren aber nochmals eindringlich an die grün-roten Regierungsfractionen: Verlassen Sie Ihren Irrweg der Steuererhöhung.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Ziehen Sie diesen schlecht ausgearbeiteten, unsozialen, ökonomisch und ökologisch sinnlosen Gesetzentwurf zurück.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Oder legen Sie, wie es bei Steuergesetzen in Deutschland üblich ist, einen für alle Beteiligten nachvollziehbaren Stichtag fest, an dem die Steuererhöhung in Kraft tritt. Somit würde diese ungerechtfertigte Steuererhöhung für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen und Behörden kalkulierbarer und verursachte zumindest kein Steuer- und Terminchaos.

Die CDU-Fraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Wald, Sie haben diesen Tag als einen traurigen Tag bezeichnet.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dazu muss ich sagen: Sie haben keine Ahnung, was Traurigkeit heißt. Denn dieser Tag ist ein Tag, der endlich in eine solide, nachhaltige Finanzpolitik führt,

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

und das schafft Grün-Rot.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht nur für den Landeshaushalt gut, das ist auch für die Kommunen gut. Die Kommunen, ihre Bürgermeister und Oberbürgermeister, von denen noch genügend CDU-Parteibücher haben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gott sei Dank!)

sind dankbar und freuen sich auf unsere Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir beraten heute zum zweiten Mal den Gesetzentwurf zur Änderung des Grunderwerbsteuersatzes.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen wird es nicht besser! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Es ist zu laut. Ich darf Sie bitten, etwas Ruhe einkehren zu lassen. Das Wort hat Frau Abg. Aras.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Über diese Änderung des Steuersatzes wurde seit der letzten Lesung viel geredet und geschrieben, aber nicht immer das sachlich Richtige. Oft wurde etwas Falsches von Leuten gesagt, die es eigentlich wissen müssten. Die Mär von der jungen Familie, die am Kauf von Eigentum gehindert würde, macht in bestimmten Kreisen die Runde. Die IHK beauftragte sogar ein Wirtschaftsforschungsinstitut, um diese These zu untermauern. Zähneknirschend musste sie jedoch anhand dieses Gutachtens feststellen, dass dadurch niemand ernsthaft am Kauf von Eigentum gehindert wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wieso rennen dann jetzt alle zum Notar und wollen eine Stichtagsregelung, wenn es nicht interessant ist?)

– Niemand zahlt gern mehr Steuern; das ist doch logisch.

(Zuruf von der CDU: Ach so! Ich dachte, dies sei ein Tag der Freude!)

(Muhterem Aras)

– Moment. Es ist ein Tag der Freude, endlich in eine solide Finanzpolitik einzusteigen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann freuen sich die Leute auf den Stichtag!)

Jeder von Ihnen würde auch danach schauen, wenn es irgendwie geht. Das ist plausibel und völlig nachvollziehbar.

Das kann man an einem Beispiel sehen: In dem von der IHK in Auftrag gegebenen Gutachten – Sie können es gern noch einmal zurate ziehen – wurde festgestellt, dass der durchschnittliche Preis für eine Bestandsimmobilie 250 000 € beträgt. Die durchschnittliche Mehrbelastung aufgrund der Änderung des Grunderwerbsteuersatzes beträgt einmalig 2 215 €. Dieser Betrag wird niemanden davon abhalten, eine Immobilie zu kaufen. Denn es geht darum, ob er sich den Kaufpreis von 250 000 € leisten kann oder nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen natürlich auch die Zinsentwicklung nicht vergessen. Wenn wir mehr Kita-Plätze schaffen, dann wird es gerade jetzt sehr viel einfacher, eine Immobilie zu kaufen.

(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann fallen die Zinsen?)

Im Vergleich zu dieser Mehrbelastung von 2 215 € kostet ein Kita-Platz in Pforzheim für eine Familie mit zwei Kindern im Jahr – und zwar jedes Jahr, nicht nur einmal – durchschnittlich 1 900 €, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Familien warten dringend auf einen weiteren Ausbau, und zwar sowohl in der Qualität als auch in der Quantität. Darum geht es.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es geht also nicht nur um die Erhöhung des Steuersatzes von 3,5 auf 5 %, sondern wirklich um eine nachhaltige grün-rote Politik, die dazu verhilft, Ihre Versäumnisse aus der Vergangenheit zu korrigieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie wollen Sie kontrollieren, wo die Einnahmen hingehen?)

Das ist ein Meilenstein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land. Es muss endlich Schluss damit sein, dass bei jungen Familien einer der Partner zu Hause bleiben muss, weil es entweder keinen Kita-Platz gibt oder dieser nicht bezahlbar ist.

Und es muss Schluss sein mit der bisherigen CDU-FDP/DVP-Methode, dass solche zentralen Zukunftsinvestitionen über höhere Schulden finanziert werden. Auf Pump geht mit uns gar nichts. Wir machen Schluss mit dieser Verschiebung von Lasten in die Zukunft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nordrhein-Westfalen zeigt es ja!)

– Wir sind in Baden-Württemberg; hier sind wir zuständig.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie wollen noch mehrere Hundert Stellen in den Ministerien!)

– Dazu komme ich noch.

Der Zusammenhang ist also wirklich einfach und plausibel. Das zusätzliche Aufkommen aus der Erhöhung des Steuersatzes, die kein ernsthaftes Hindernis für den Erwerb von Eigentum ist, fließt in den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten, und das kommt allen zugute.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie stellen Sie das sicher?)

– Das ist sichergestellt. Es gibt eine Vereinbarung mit den Kommunen, wonach sie das bekommen. Das wissen Sie genau.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist soziale Politik, die bei den Betroffenen ankommt. Mehr Kita-Plätze geben jungen Familien die Chance, sich entscheiden zu können: für Arbeit, für Kinder

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oder fürs Häusle!)

– und für ein Haus, jawohl, auch dafür.

(Beifall bei den Grünen)

Da wir die Situation der Kommunen und der Familien vor Ort kennen, hat für uns der Ausbau der frühkindlichen Bildung hohe Priorität. Gleichzeitig stellen wir uns der Verantwortung für diesen Haushalt, und zwar nicht nur einmalig, wie Sie es immer getan haben – wenn konjunkturell bedingt mehr hereinkam, hat man gerade einmal eine Null geschafft, aber strukturell haben Sie sich nicht dafür interessiert.

(Zuruf von der CDU: Sie machen ein Minus bei den Einnahmen!)

– Wir machen kein Minus. Wir werden beim Vollzug so, wie wir es 2011 schaffen werden, auch im Jahr 2012 die Nullneuschuldung erreichen. Was wir im Unterschied zu Ihnen schaffen: Wir werden den Haushalt strukturell konsolidieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 1,9 Milliarden € mehr!)

Das ist ein Riesenunterschied zu Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nicht in das Reich der Märchen gehört der Fachkräftemangel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich bin platt!)

Zu viele qualifizierte Frauen – und manchmal auch Männer – müssen zu Hause bleiben, weil es keine Betreuungsmöglichkeiten für den Nachwuchs gibt. Neue, qualitativ hochwertige Kita-Plätze schaffen hier Abhilfe zum Nutzen von Familien und von Firmen.

Deshalb noch einmal in aller Klarheit. Die Verwendung des Mehraufkommens für den Kita-Ausbau ist ein Meilenstein sozialer Politik und ein Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn es in drei Jahren wieder zurückgeht, dann bauen Sie die Stellen wieder ab?)

Für das Haushaltsjahr – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, ich bitte Sie, allmählich zum Ende zu kommen.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Seien Sie froh, dass wir nicht drei Jahre zurückgehen. Denn dann träten Ihre Versäumnisse noch viel stärker zutage. Deswegen seien Sie froh, dass wir den Blick in die Zukunft richten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist selbst für eine Grüne sehr platt!)

Ich kann Ihnen nochmals sagen: Diese Steuersatzänderung verbessert nachhaltig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Baden-Württemberg und ist zudem solide finanziert. Die Mehrbelastung ist natürlich vorhanden, aber sie hält sich in Grenzen. Der Nutzen für die Familien hingegen ist enorm.

Fazit: Das ist soziale Politik mit positiven Wirkungen für die Wirtschaft und für die Staatsfinanzen; es ist ein gutes Beispiel für nachhaltige grün-rote Politik, zu der wir Sie gern einladen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Maier das Wort.

Abg. Klaus Maier SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Koalition hat ein wichtiges politisches Ziel. Dieses Ziel heißt: Ausbau der Kleinkindbetreuung, Schulsozialarbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben ein großes politisches Interesse daran, dass diejenigen, die die mit dem Erreichen dieses Ziels verbundene Last tragen müssen, die Städte und Gemeinden, endlich die erforderlichen Mittel dafür erhalten. Bei den Städten und Gemeinden klappt gerade bei dieser Aufgabe eine riesige Finanzierungslücke. Sie wird von Jahr zu Jahr größer. Im Jahr 2012 müssen Städte und Gemeinden bei der Kleinkindbetreuung etwa 470 Millionen € draufzahlen. Da ist mit Recht der Ärger groß. Es wird sogar gedroht, zu klagen, wenn dieses Problem nicht gelöst wird.

Unsere Koalition will dieses Problem lösen. Wir werden dafür eine bittere Pille schlucken; diese heißt Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes. Aber das ist ehrliche Politik, eine Politik, mit der wir den Bürgern ganz klar sagen: Wir zahlen für unsere Ziele, auch mit einer Steuererhöhung.

Die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes wird etwa 350 Millionen € einbringen. Diesen Betrag werden wir gleich an die Kommunen weitergeben.

Vorhin haben wir über Steuersenkungen auf Bundesebene diskutiert. Dabei ging es für Baden-Württemberg auch um mindestens 300 Millionen €. Man sieht also, um welche Größenordnung es sich hier handelt, in der wir eigenständig Steuern erheben und diese Einnahmen weitergeben werden.

Wir sind nicht allein. Zwölf Bundesländer erhöhen den Grunderwerbsteuersatz, u. a. Schleswig-Holstein und Thüringen. Der Weltuntergang ist sicherlich nicht in Sicht.

Die Steuererhöhung ist ein erster Schritt. Ein zweiter Schritt wird es sein, in einem Landeswohnraumförderungsprogramm, das wir zurzeit auflegen, eine Abfederung zu schaffen,

(Lachen des Abg. Karl Zimmermann CDU)

und zwar eine Abfederung von Härten für Familien mit Kindern. Wir wollen Familien mit Kindern fördern und keine Härten produzieren. Dafür kommt ein angemessener Teil, etwa 25 Millionen €, in dieses Wohnraumförderungsprogramm. Wir haben hier also einen Ausgleich.

Der dritte Schritt wird ein Pakt mit den Kommunen sein. Dieser Pakt wird ausgehandelt, und wir werden in diesem Pakt die überwiegenden Kosten für die Kleinkindbetreuung weiterleiten, und zwar ganz genau und dauerhaft.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich der Wirkung bewusst zu sein: Hier spricht ein Redner, und wir haben einen Dauergeräuschpegel im Saal. Das ist nicht die beste Wirkung auf die Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich bitte Sie, Herrn Abg. Maier jetzt Gehör zu schenken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Klaus Maier SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir geben die Einnahmen über den kommunalen Finanzausgleich weiter. Dieser ist ein gutes und faires Instrument.

Zur Kritik der Opposition, meine Damen und Herren: Herr Wald, wären Sie in der Regierung, wären Sie zumindest beim Thema Steuererhöhung genauso vorgegangen. Ihre Blaupause liegt uns vor. Wir haben das bereits vor dem Wahlkampf gehört.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Oder hätten Sie etwa die Verschuldung erhöht? Sie sind ja für die Neuverschuldung. Das wollen wir mit dieser Steuererhöhung vermeiden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir? – Zuruf: Wir sind nicht für die Neuverschuldung!)

– Ich meine die Nettounverschuldung. – Hätten Sie die Kommunen einfach im Regen stehen lassen und Klagen riskiert?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein paar Stellen weniger in den Ministerien!)

Oder hätten Sie aus den sprudelnden Steuerquellen geschöpft? Wir halten das für gefährlich, weil sprudelnde Steuerquellen sehr schnell wieder versiegen können. Die Daueraufgabe Kinderbetreuung können wir so nicht auf Dauer finanzieren.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Zu den Stichworten „Sargnagel“ und „Schaden für die Wirtschaft“: Die Betriebe in unseren Kommunen sind schon weiter. Die Betriebe sehen, dass sie durch eine gute Kinderbetreuung eine Bildungsdividende erhalten. Sie sehen, dass sie hier Unterstützung bei dem Problem der Anwerbung von Facharbeitern bekommen. Die Kommunen stehen dahinter und sehen das ein. Ich habe hier sehr gute Erfahrungen gemacht, und wir werden auch weiterhin gute Erfahrungen machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum „Weltuntergang“, der mit dieser Steuererhöhung für Erwerber einträte: Ein Bauplatz im ländlichen Raum kostet etwa 100 000 €. Diese Zahl können Sie verdreifachen, wenn es

(Klaus Maier)

um den Kauf eines Reihenhauses geht. Bisher betrug die entsprechende Grunderwerbsteuer 3 500 €. Nach der geplanten Erhöhung sind es 1 500 € mehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dies geschieht für die Familien in der Regel einmal im Leben, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht unbedingt!)

Das ist kein Weltuntergang, sondern eine ganz normale Sache. Für diejenigen, für die es hart wird, federn wir es durch das Landeswohnungsbauprogramm ab.

Wir nehmen hier eine Steuererhöhung mit Augenmaß vor. Diese Steuererhöhung bringt uns weiter. Wir kommen bei der Bildungsgerechtigkeit – speziell hinsichtlich einer besseren Bildung der Kleinkinder – weiter, wir schaffen eine soziale und kinderfreundliche Gesellschaft und ein familienfreundliches Baden-Württemberg. Daher sind wir für die Steuererhöhung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: „Tag der Freude“!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP hat Herr Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben sowohl im Plenum als auch im Finanzausschuss schon zur Genüge über das Thema diskutiert. Die Argumente der Regierungskoalition werden nicht neuer, nicht besser, sondern bestenfalls immer skurriler.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Wir können feststellen: Es muss sich wirklich um eine Wundersteuer handeln, Herr Kollege Maier. Sie heben ja mit der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes richtig die Welt aus den Angeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Natürlich!)

Wenn draußen jemand diese Debatte hört, muss er einen richtiggehend erotischen Genuss empfinden, wenn er die Grunderwerbsteuer bezahlen muss, so wie Sie es schildern. Und Frau Kollegin Aras versucht, sie uns als Wirtschaftsförderung zu verkaufen.

(Oh-Rufe von den Grünen – Unruhe)

Zur Wirtschaftsförderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur drei Stichworte. Erstens: Sie versuchen, den Familien einzureden, die Erhöhung sei zu ihrem Wohl. Wenn man sich die durchschnittliche junge Familie im Land Baden-Württemberg anschaut, dann kann man feststellen, dass es sich für diese bestenfalls um ein Nullsummenspiel handelt, wenn man ihr – linke Tasche – Geld mit der Zahlung der Grunderwerbsteuer wegnimmt und ihr dann – rechte Tasche – eine Unterstützung bei der Kinderbetreuung gewährt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Vielen jungen Familien nehmen Sie aber mehr, als Sie geben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Insofern ist das, was Sie da vorhaben, sicher keine Unterstützungsmaßnahme.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das zweite Thema ist der Mittelstand. Was Sie ausblenden und was Sie auch in den letzten Debatten völlig ausgeblendet haben, ist die Tatsache, dass Sie damit insbesondere den kleinen Mittelstand treffen, dass in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg Tausende von Betriebsübergaben anstehen. Wenn diese Betriebsübergaben dann möglicherweise nicht in der eigenen Familie stattfinden, sondern wir gern Fachkräfte von anderswo her nach Baden-Württemberg holen würden oder wir gern Übernehmer unter den jungen Menschen hätten, die wir qualifiziert ausbilden, dann treffen Sie die betroffenen Betriebe mit dieser Steuererhöhung massiv.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Insofern schaden Sie mit dieser Maßnahme dem Mittelstand und dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Den Fachkräftemangel haben Sie auch erkannt. Sie haben ja in der zurückliegenden Legislaturperiode aus der Opposition heraus immer wieder den Fachkräftemangel thematisiert. Glauben Sie im Ernst, meine Damen und Herren, dass das ein Attraktivierungsprogramm für das Land Baden-Württemberg ist,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ja, das ist es! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gute Kinderbetreuung ist ein Standortfaktor!)

für Fachkräfte, die nach Baden-Württemberg ziehen und dann möglicherweise Wohneigentum erwerben wollen?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Kinderbetreuung! „Kinderland“ Baden-Württemberg!)

„Grün-Rot begrüßt Sie! Herzlich willkommen in Baden-Württemberg! Wir zocken Sie ab.“ Glauben Sie im Ernst, dass das ein Attraktivierungsprogramm für unseren Wirtschaftsstandort ist?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Abschließend, meine Damen und Herren, noch zum Verfahren: Das ist eine nette Mogelpackung, die Sie den Bürgern in Baden-Württemberg da unterjubeln. Es klingt auf den ersten Blick gut:

(Abg. Sascha Binder SPD: Auch auf den zweiten!)

Sie erhöhen eine Steuer und geben die Einnahmen den jungen Familien für die Kinderbetreuung.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Gut gelernt! – Abg. Johannes Stober SPD: Er hat es doch verstanden! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich habe dann auch im Finanzausschuss die Frage gestellt: Wie soll denn das vonstattengehen?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das wissen Sie!)

Wird das eine Pauschalzuweisung, oder müssen die Kommunen Anträge stellen? Die Antwort des Finanzministers war: „Das steht noch nicht ganz fest. Das werden wir dann festlegen.“

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Sie haben eine Mogelpackung vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Denn letztlich wird das Ziel sein, dass das Geld im schwarzen Säckel des Finanzministers verschwindet.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Das ist das Ziel, das Sie vorhaben. Sie wollen die Leute im Land Baden-Württemberg hereinlegen. Sonst hätten wir nämlich im Finanzausschuss eine Antwort auf die Frage bekommen, wie Sie das vorhaben, meine Damen und Herren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die Zeit der schwarzen Säckel ist vorbei!)

Deshalb gibt es für uns nur eines: Diese Mogelpackung, diese Steuererhöhung kann in diesem Landtag niemals unsere Zustimmung finden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Weil Sie keine Verantwortung tragen!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Widerspruch – Abg. Andreas Stoch SPD: Eine Regierung haben wir auch noch!)

– Entschuldigung, die Regierung. Herr Staatssekretär, die Regierung hätte ich doch fast vergessen. Ich bitte um Entschuldigung.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das neue Selbstbewusstsein des Landtags! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das Parlament ist wichtig!)

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am ersten Tag sei Ihnen das verziehen, Herr Präsident.

Herr Dr. Rülke, Ihre unglaubliche Parteitagshetorik lässt mich jedes Mal fassungslos zurück. Ihre Wortwahl „Mogelpackung“ und die Beschwörung des Untergangs des Abendlands, weil wir jetzt den Grunderwerbsteuersatz um 1,5 Prozentpunkte erhöhen, ist wirklich sehr an den Haaren herbeigezogen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 40 %!)

Herr Kollege, etwas mehr Sachlichkeit wäre, glaube ich, an dieser Stelle angebracht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zu einer sachlichen Analyse gehört schlicht – – Das wissen all die Kollegen, die in kommunalen Gremien noch Verantwortung tragen. Ich weiß nicht, ob die FDP da noch vertreten ist,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist das jetzt die Sachlichkeit?)

aber bei den anderen Kollegen, gerade auch von der CDU, weiß ich, dass viele Kollegen auch kommunale Mandate haben und sehr wohl wissen, wie groß momentan die Erwartung bei den Bürgerinnen und Bürgern ist, den Bereich Kinderbetreuung, Betreuung von unter Dreijährigen, Ganztagsbetreuung auszubauen. Der Druck ist doch da. Viele, viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wenden sich an uns und sagen: „Wir können mit den in unseren Kommunen vorhandenen Mitteln diesen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden.“ Was wir jetzt tun, ist: Wir helfen den Städten und Gemeinden, diesen Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Das ist das, was wir tun.

Dies nicht zu tun und stattdessen zu sagen, wir überlassen es den Kommunen, wie sie das regeln, wäre aus meiner Sicht eine Verletzung des Gebots, dass das Land für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig ist.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Wenn die Aufgaben der Kommunen erweitert werden, müssen wir den Kommunen auch die Möglichkeit geben, diese Aufgaben zu finanzieren. Das tun wir mit der Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt hat man zwei Möglichkeiten, wenn man die Kommunen besser ausstatten will. Man kann jetzt sagen, wie das Kollegen angesprochen haben: „Ihr habt doch jetzt so viele Steuermehreinnahmen. Das könnt ihr doch aus diesen Steuermehreinnahmen finanzieren. Da bedarf es doch keiner Steuererhöhung.“ Das kann man natürlich tun.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache jetzt acht Jahre Finanzpolitik in Baden-Württemberg, und ich weiß eines: Haushalte werden in guten Jahren ruiniert. Wenn die Steuereinnahmen sprudeln, dann werden Haushalte ruiniert, indem man mit diesen einmaligen Steuermehreinnahmen Daueraufgaben finanziert.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: CDU-Linie! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das hat man bei Rot-Grün in Berlin gesehen!)

Deswegen wollen wir das jetzt nicht tun. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik und wollen einer strukturellen Mehrausgabe strukturelle Mehreinnahmen gegenüberstellen und eben nicht von diesem Einmaleffekt der Steuermehreinnahmen leben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

(Staatssekretär Ingo Rust)

Meine Damen und Herren, dass wir da nicht völlig neben der Spur sind, wird doch dadurch bewiesen, dass andere Bundesländer das auch tun: Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen. Ich habe jetzt nicht mehr ganz den Überblick, in welchen Bundesländern die FDP noch mit an der Regierung ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben auch sonst keinen Überblick!)

aber ich glaube, da sind welche dabei. Deshalb würde ich da, lieber Herr Dr. Rülke, die Backen nicht so aufblasen. Auch andere schwarz-gelbe Landesregierungen beschäftigen sich mit dem Thema „Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes“, weil sie genau wissen: Wenn man mehr Aufgaben hat, braucht man dafür auch mehr Einnahmen.

Es ist auch keine Mogelpackung. Wir sind momentan mit den kommunalen Landesverbänden in der Diskussion darüber, wie dieses Geld dort ankommt, wo wir es haben wollen, nämlich im Bereich von Betreuung und Bildung. Wir haben aber auch versprochen, dass wir jetzt nicht einfach vom Land aus festlegen, wie wir das machen, sondern dass wir das im Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden gemeinsam entwickeln. Wer die Presse aufmerksam liest, weiß, dass wir da momentan in Diskussionen sind. Dass es da ab und zu auch ein Hin und Her gibt, ist selbstverständlich. Aber wir wollen das gemeinsam entwickeln und nicht von oben herab, sondern gemeinsam mit den Kommunen auf Augenhöhe besprechen, wie wir dieses wichtige Thema „Bildung und Betreuung“ voranbringen.

Dann haben Sie von einer Mogelpackung gesprochen: rechte Tasche, linke Tasche. Die Kollegen haben in der letzten Debatte im Finanzausschuss – Kollege Maier hat es eben auch noch einmal erwähnt – deutlich gemacht, dass wir junge Familien nicht stärker belasten wollen. Das nehmen wir ernst, und daran können Sie uns auch messen. Wir werden in Kürze die neuen Leitlinien für das Wohnungsbauförderungsprogramm des Landes vorlegen. Dort werden Sie sehr schnell erkennen, dass eine – so haben sie es genannt – durchschnittliche Familie in Baden-Württemberg eben nicht deutlich stärker belastet ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann warten wir doch so lange ab, bis Sie das haben!)

– Sie brauchen nicht mehr lange zu warten. Es wird in Kürze vorgestellt. Da werden Sie erkennen, dass junge Familien nicht stärker belastet sind und dass sie zusätzlich durch diesen Ausgleich über das Wohnungsbauförderungsprogramm mehr Bildung, mehr Betreuung, eine bessere Infrastruktur bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Staatssekretär Ingo Rust: Ja.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das bringt uns kaum weiter!)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Es klärt Sie aber ein bisschen auf, liebe Kollegen.

Herr Staatssekretär, wie stehen Sie zu der folgenden Aussage? Ich bekam einen Brief des Bürgermeisters – ich darf den Namen nennen – Haußmann aus Dettingen/Teck, der sagt: „Die Kommune gibt jungen Familien 5 000 € zur Errichtung von Wohneigentum im Neubaugebiet. Jetzt ist das ein Affront. Wenn der Notarvertrag nicht vor dem angeblichen Stichtag gemacht wird oder es keinen Stichtag gibt, können wir das Geld fast behalten. Ich brauche es früher, denn ich muss gleich bezahlen. Das Geld wird von der Kommune gegeben, und dann führt man das Geld wieder ab. Bei uns kostet ein Häuschen mindestens 334 000 €; das ist der unterste Preis.“ Wie stehen Sie zu dieser Aussage? Der Bürgermeister beschwert sich.

Zweite Frage: Bis jetzt hat man weder in der Ersten Beratung noch in der Ausschussberatung eine für mich schlüssige Aussage getroffen: Warum treffen Sie gerade in diesem Gesetz keine Stichtagsregelung, nachdem Notare, Banken und Bauwillige konkret fragen: Wann tritt das jetzt in Kraft? Tritt das am 4. November in Kraft? Warum regeln Sie das nicht? Ich finde, in diesem Gesetz ist diese Regelung dringend notwendig. Warum nennen Sie keinen Stichtag?

Staatssekretär Ingo Rust: Zu Ihrer ersten Frage: Ich finde es sehr löblich, wenn Kommunen junge Familien unterstützen, damit sich diese dort ansiedeln können. Daran hat die Kommune auch ein Eigeninteresse. Die Kommune würde das nicht machen, wenn sich das für die Kommune nicht rechnen würde. Das muss man auch sagen. Das macht sie ja nicht selbstlos. Vielmehr hat die Kommune ein Interesse daran. Deswegen finde ich es toll, dass es viele Kommunen gibt, die so etwas machen. Wie gesagt: Wir wollen und werden das den jungen Familien zweifach zurückgeben.

Zum einen geschieht dies durch eine bessere Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Wenn Sie den Bürgermeister fragen, wird er Ihnen sicher sagen, dass die Kommunen dort eine deutliche Unterstützung brauchen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Bisher hat noch kein Bürgermeister zu mir gesagt: „Den Ausbau der Kleinkindbetreuung stemmen wir völlig ohne irgendwelche zusätzlichen Mittel.“ Nein, die Kommunen brauchen da Unterstützung. Herr Zimmermann, Sie sind vielleicht auch noch Mitglied eines Gemeinderats und wissen, dass wir die Kommunen dabei nicht im Stich lassen dürfen.

Zum Zweiten: Es stimmt einfach nicht, dass noch kein Gesetz ohne Stichtagsregelung verabschiedet worden sei.

(Abg. Tobias Wald CDU: Steuergesetz!)

Die Formulierung, dass das Gesetz am Tag nach seiner Verkündung im Gesetzblatt in Kraft tritt, haben wir bei sehr vielen Gesetzen. Bei Steuergesetzen ist dies nicht ganz so oft der Fall.

(Abg. Tobias Wald CDU: In Deutschland!)

Denn die Grunderwerbsteuer ist die einzige Steuer, Herr Wald, die wir als Land selbst beschließen dürfen. Daher kann ich Ihre Frage, Herr Zimmermann, nicht verstehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Doch! Warum?)

Das haben wir bei sehr vielen Gesetzen.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird mit dieser Erhöhung drei Ziele umsetzen. Erstens werden wir bessere Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg schaffen. Zweitens werden wir die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessern und nicht wie die Vorgängerregierungen die Kommunen beim Thema Kinderbetreuung alleinlassen. Drittens werden wir den Haushalt nicht nachhaltig zusätzlich belasten. Im Prinzip ist es also ein abgerundetes Paket: mehr Bildung und Betreuung und eine nachhaltige Haushaltspolitik.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Wir werden in den kommenden Wochen mit den Kommunen zum Abschluss kommen, was das Gesamtpaket zum Thema „Bildung und Betreuung“ angeht. Ich bin mir sicher, dass wir damit nicht nur für die jungen Familien, sondern auch für die Kommunen eine hervorragende Lösung finden werden.

Wir werden in Kürze das neue Wohnungsbauförderungsprogramm vorlegen, mit dem dann nachgewiesen sein wird, dass eine junge Familie mit Kindern keine zusätzliche Belastung hat.

Alles in allem ist das eine hervorragende Sache im Sinne der Nachhaltigkeit, im Sinne der Bildungsgerechtigkeit und im Sinne der Finanzausstattung unserer Kommunen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und im Sinne des Gehörtwerdens!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Redezeiten sind auch aufgebraucht.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/497.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir beantragen für die Schlussabstimmung eine namentliche Abstimmung.

Präsident Guido Wolf: Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/497.

(Unruhe)

– Ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. – Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/757 Abschnitt I. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Steuersatz

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Zuruf von der CDU: Mehrheit! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schön wär's für Sie!)

Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Zeitliche Anwendung

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Inkrafttreten

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 26. Oktober 2011 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag hat gemäß § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung die vorgeschriebene Unterstützung.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetzentwurf Drucksache 15/497 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Deuschle, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben D.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Dies ist nicht der Fall. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten, um das Wahlergebnis bekannt zu geben:

An der Abstimmung haben sich 133 Abgeordnete beteiligt.

*Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

(Präsident Guido Wolf)

Dem Gesetz wurde damit zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

*

Mit J a haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Le-de Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärtl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Franz Untersteller, Jürgen Walter, Werner Wölfle.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölfle.

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Elke Brunnermer, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Tanja Gönner, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul

Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Winfried Mack, Ulrich Müller, Paul Nemetz, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Pröfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Alexander Throm, Karl Traub, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

*

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/757, abzustimmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung haben wir abgesetzt und vertagt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Geduld mit dem lernenden Präsidenten.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 9. November 2011, um 10:00 Uhr statt.

Im Anschluss sind Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, die Mitglieder unserer Landesregierung, die Gäste und die Mitglieder der Landespressekonferenz jetzt zu einem Stehempfang in der Eingangshalle im Erdgeschoss eingeladen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung. Herzlichen Dank.

Schluss: 12:56 Uhr